

Analysen und Berichte zum Wirtschafts- und Steuerrecht

Herausgegeben von Jun.-Prof. Dr. iur. Heribert M. Anzinger



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Fachbereich Rechts- und
Wirtschaftswissenschaften

No. 10

Michael Scharf

Die Bildung von
Bewertungseinheiten nach
IFRS/IAS, HGB und
Bilanzsteuerrecht

Scharf Michael:

Die Bildung von Bewertungseinheiten nach IFRS/IAS, HGB und Bilanzsteuerrecht / Michael Scharf.
- Darmstadt : Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität
Darmstadt, 2010. - 61 S. : graph. Darst. - (Analysen und Berichte zum Wirtschafts- und Steuerrecht ;
10)

ISSN: 1868 - 0518

Bitte zitieren Sie dieses Dokument unter Angabe von:

URN: urn:nbn:de:tuda-tuprints-23640

URL: <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2364>

Dieses Dokument wird bereitgestellt von tuprints, E-Publishing-Service der TU Darmstadt.

<http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de>

E-mail: tuprints@ulb.tu-darmstadt.de

Die Veröffentlichung steht unter folgender Creative Commons Lizenz:

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 2.0 Deutschland

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>



Zu dieser Reihe

In der Reihe Analysen und Berichte zum Wirtschafts- und Steuerrecht werden herausragende Studien- und Diplomarbeiten veröffentlicht, die einen Beitrag zum Erkenntnisgewinn insbesondere im Steuerrecht, im Bilanzrecht, im Unternehmensrecht, im Finanz-, Bank- und Kapitalmarktrecht und in angrenzenden Rechtsgebieten liefern wollen.

Anlass zur Begründung dieser Reihe war der Umstand, dass mir als Hochschullehrer immer wieder gute Arbeiten vorgelegt wurden, deren Gedanken und Erkenntnisse ich gerne einer breiteren Fach-öffentlichkeit zugänglich gemacht hätte. Doch zu oft ließen vereinzelte methodologische Zweifel, kleinere formale Mängel oder schlicht der Umfang der Arbeiten den Weg zu einer wissenschaftlichen Zeitschriftenveröffentlichung als weit erscheinen. Und die studentischen Verfasser hatten zwar regelmäßig großes Interesse an einer Veröffentlichung, oft aber bereits bei Abgabe ihrer Arbeiten mit dem ersten Arbeitsvertrag ausgestattet, nicht mehr die Zeit zu den dafür notwendigen Kürzungen und Überarbeitungen.

Diese ausdrücklich als Forum für Studien- und Diplomarbeiten deklarierte Reihe ermöglicht es, weiterführende studentische Analysen und Berichte unredigiert herauszugeben.

Dr. iur. Heribert M. Anzinger, Juniorprofessor für Steuerrecht



Vorwort

Die Aufhebung der sogenannten „umgekehrten Maßgeblichkeit“ durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vom 25.5.2009 hat die Diskussion über die Zukunft des Maßgeblichkeitsgrundsatzes befeuert. Mit erneuerten Argumenten wird im steuerwissenschaftlichen Schrifttum eine Ablösung der Steuerbilanz von der Handelsbilanz gefordert und ein eigenständiges Steuerbilanzrecht befürwortet. Gleichzeitig wird eine Anbindung an die jüngeren Bilanzierungsvorschriften der IFRS bisher mehrheitlich abgelehnt.

Scheint die Maßgeblichkeit danach in den Augen vieler ein absterbender Ast zu sein, bildet das Bilanzsteuerrecht davon unbeeindruckt neue Triebe aus, die die steuerrechtlichen mit den handelsrechtlichen Gewinnermittlungsvorschriften verknüpfen. Ein prominentes Beispiel für diese Verbindung der steuerrechtlichen und der handelsrechtlichen Bilanzierungsregeln ist § 5 Abs. 1 a EStG. Danach sind die Ergebnisse der in der handelsrechtlichen Rechnungslegung zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken gebildeten Bewertungseinheiten auch für die steuerliche Gewinnermittlung maßgebend. Mittelbar wird damit eine Brücke auch zu den IFRS geschlagen. Denn bis zur Einfügung des § 254 HGB durch das BilMoG orientierte sich die Praxis für die Bildung von Bewertungseinheiten im Handelsbilanzrecht an IAS 39. Dessen Regelungen beeinflussen weiterhin die Auslegung des § 254 HGB.

Vor diesem Hintergrund geht Herr Scharf der Frage nach, worauf sich der in § 5 Abs. 1 EStG verwandte Begriff „handelsrechtliche Rechnungslegung“ bezieht und welchen Einfluss IAS 39 auf die bilanzsteuerrechtliche Behandlung von Bewertungseinheiten hat.

Im Dezember 2010

Dr. iur. Heribert M. Anzinger, Juniorprofessor für Steuerrecht



Michael Scharf

Die Bildung von Bewertungseinheiten nach
IFRS/IAS, HGB und Bilanzsteuerrecht



Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	10
A. Einleitung	12
B. Sicherungsgeschäfte	14
I. Finanzinstrumente	14
II. Derivate Finanzinstrumente	15
III. Risiken	15
1. Marktrisiken	16
2. Kreditrisiken	17
3. Liquiditätsrisiken	17
4. Operative Risiken	17
IV. Risikomanagement	18
V. Arten von Sicherungsgeschäften	19
1. Umfang der Grundgeschäfte	20
2. Identität der Basis	20
3. Frequenz der Absicherung	21
4. Zeitpunkt der Absicherung	21
C. Notwendigkeit von Bewertungseinheiten	22
I. Bilanzielle Erfassung (derivater) Finanzinstrumente nach dem HGB	22
1. Imparitätische Einzelbewertung im Sinne der GoB	22
a) Vorsichtsprinzip	22
b) Imparitätsprinzip	23
c) Realisationsprinzip	23
d) Einzelbewertungsprinzip	23
e) Bilanzierungsverbot für schwebende Geschäfte	23
2. Spezifische Regelungen für Finanzinstrumente	24
II. Bilanzielle Erfassung (derivater) Finanzinstrumente nach IAS/IFRS	24
1. Bilanzgrundsätze in IAS/IFRS	24
a) Fair Presentation	25
b) Einzelbewertung	25
2. Spezifische Regelungen für Finanzinstrumente	25
III. Implikationen für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen	27
1. Wertsteigerung des Grundgeschäftes	27
2. Wertverlust des Grundgeschäftes	28
3. Gründe der falschen Darstellung	31
D. Die Bildung von Bewertungseinheiten nach HGB und IAS/IFRS	33

I. Arten.....	33
1. Fair Value-Hedge	33
2. Cashflow-Hedge	34
3. Net Investment-Hedge	34
II. Grundgeschäfte.....	34
III. Sicherungsinstrumente	35
IV. Voraussetzungen	36
1. Vorliegen vergleichbarer Risiken	36
2. Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung	37
3. Dokumentation der Sicherungsabsicht	38
V. Buchungstechnik.....	38
1. Einfrieren	39
2. Durchbuchen.....	40
3. Die zu verwendende Methode	42
VI. Bewertungseinheiten als Gestaltungsinstrument	44
1. Entwicklung Stiller Reserven / Stiller Lasten.....	44
2. Wahlrecht oder Gebot.....	45
E. Die Bildung von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz.....	47
I. Maßgeblichkeit.....	47
1. Materielle Maßgeblichkeit.....	47
2. Spezielle Maßgeblichkeit nach § 5 Abs. 1a EStG	47
3. Maßgeblichkeit von IAS/IFRS	48
II. Voraussetzungen.....	48
1. Finanzwirtschaftliche Risiken	48
2. Vorliegen handelsrechtlicher Bewertungseinheiten	49
3. Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente	50
4. Absicherung.....	50
III. Rechtsfolge.....	51
IV. Aufhebung des Verbots von Drohverlustrückstellungen.....	51
V. Verhältnis zu anderen Normen	52
VI. Bewertungseinheiten als Gestaltungsinstrument	52
F. Ausblick und Fazit	55
Literaturverzeichnis.....	57

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Kursentwicklung, Fall 2.....	13
Abbildung 2:	Risikoarten.....	16
Abbildung 3:	Der Risikomanagementprozess	18
Abbildung 4:	Arten von Sicherungsbeziehungen	19

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset Backed Security
AK	Arbeitskreis
AktG	Aktiengesetz
a. LuL.	Aus Lieferungen und Leistungen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BeckBil-Komm	Beck'scher Bilanz-Kommentar
Begr.	Begründung
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz)
BöZ	Börsen-Zeitung
BT-Drucks	Bundestags-Drucksache
bzw.	beziehungsweise
CDS	Credit Default Swap
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DST	Der Schweizer Treuhänder (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuerzeitung
EStG	Einkommensteuergesetz
et al.	et alii (und andere)
EUR	Euro
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
FN	Fußnote
ggf.	gegebenenfalls
GmbH-StB	GmbH Steuerberater (Zeitschrift)
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch

Hrsg.	Herausgeber
IAS	International Accounting Standards
IASB	International Accounting Standards Board
IFRS	International Financial Reporting Standards
IRZ	Zeitschrift für internationale Rechnungslegung
i.S.d.	im Sinne der/des
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
Mio.	Million
MissbrStGestEG	Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen
MüKo-HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
NYT	The New York Times
RegE	Regierungsentwurf
Rn.	Randnummer
sog.	sogenannt(e)
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
TUD	Technische Universität Darmstadt
u.a.	unter anderem
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
USD	US-Dollar
vgl.	vergleiche
WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapierhandelsgesetz)

A. Einleitung

Bewertungseinheiten werden genutzt, um durch Sicherungsgeschäfte abgesicherte Risiken in der Bilanz abzubilden. Während Sicherungsgeschäfte in IAS 39 schon seit 1999 geregelt sind¹, war die Bilanzierung nach deutschem Bilanz- und Steuerrecht lange Zeit ungeklärt. Im Jahr 2006 hat der deutsche Gesetzgeber im neu eingefügten § 5 Abs. 1a EStG festgelegt, dass die handelsrechtlich zur Absicherung von finanzwirtschaftlichen Risiken gebildeten Bewertungseinheiten auch für die Steuerbilanz maßgeblich sind. Lange Zeit war unklar, auf welche handelsrechtlichen Regelungen hierbei Bezug genommen wird. Mit der Einführung des BilMoG und der damit einhergehenden Neufassung von § 254 HGB scheint auf den ersten Blick Klarheit bezüglich der Bilanzierung von Bewertungseinheiten geschaffen worden zu sein. Jedoch bleiben einige Fragen offen. Ziel dieser Arbeit soll es sein, die Unterschiede zwischen IAS/IFRS, HGB und Steuerbilanz zu analysieren. Hierzu wird ein fallbezogener Ansatz gewählt.

Nachfolgend werden zwei hypothetische Fälle vorgestellt, anhand derer im weiteren Verlauf der Arbeit die Frage der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften gelöst werden soll.

Fall 1: Absicherung von Währungsrisiken

Die A-AG schließt mit ihrer US-Tochtergesellschaft am 01.10.2009 einen Vertrag über den Kauf von Waren im Wert von 150.000 USD ab. Lieferung und Zahlung sind fällig zum 01.06.2010. Um den am Tag des Vertragsabschlusses geltenden Euro-Wechselkurs von 1,50 USD abzusichern, schließt die A-AG bei ihrer Hausbank einen Terminkauf von 150.000 USD zum 01.06.2010 ab². Vereinfachend wird in diesem Beispiel angenommen, dass die Zinssätze in Deutschland und den USA gleich sind³.

Es werden zwei Szenarien unterschieden. Im ersten Szenario fällt der Dollar-Kurs, wodurch der Euro-Wert der Waren sinkt. Die Waren können günstiger eingekauft werden, jedoch droht ein Verlust aus dem Devisentermingeschäft. Der umgekehrte Fall wird in Szenario 2 behandelt, in welchem der Dollar-Kurs steigt, wodurch auch der Euro-Warenwert steigt. Am Fälligkeitstag des Geschäftes nähert sich der Wechselkurs wieder dem ursprünglichen Kurs an. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Auswirkungen des Wechselkurses auf den Gegenwert der Verpflichtung und den Fair Value des Derivats.

Datum / Szenario	Wechselkurs	Verpflichtung	Derivat
01.10.2009	EUR/USD: 1,50	100.000 EUR	0 EUR
31.12.2009 / Szenario 1	EUR/USD: 2,00	75.000 EUR	-25.000 EUR
31.12.2009 / Szenario 2	EUR/USD: 1,20	125.000 EUR	25.000 EUR
01.06.2010	EUR/USD: 1,60	93.750 EUR	-6.250 EUR

¹ IAS 39 wurde im März 1999 veröffentlicht. Vgl. Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 196.

² Ähnliche Fälle in: Wagenhofer, Internationale Rechnungslegungsstandards (2009), S. 349; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 773; Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 353.

³ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 773.

Fall 2: Absicherung von Kursrisiken

Am 01.10.2009 plant die B-GmbH zum 01.05. des folgenden Geschäftsjahres den Kauf von Aktien der börsennotierten C-AG. Um den Kauf gegen steigende Kurse abzusichern, kauft die B-GmbH mehrere DAX-Future-Kontrakte⁴. Die Wertentwicklung der Wertpapiere der C-AG ist in letzter Zeit sehr ähnlich zum DAX verlaufen. Die nachfolgende Grafik zeigt die Kursverläufe von C-AG und DAX im Zeitverlauf.



Abbildung 1: Kursentwicklung, Fall 2

Nachdem die C-AG am 31.10.2009 überraschend gute Quartalszahlen für Q3 vorgelegt hat legen die Aktien deutlich zu. Die Gesamtentwicklung des Indexes verläuft deutlich schlechter. Die Arbeit geht der Frage nach, ob eine Bildung von Bewertungseinheiten zulässig ist und welche Folgen eine kompensatorische Bewertung in diesem Fall für Handels- und Steuerbilanz hat.

Die vorliegende Arbeit führt zunächst in die Theorie des Risikomanagements und der Sicherungsgeschäfte ein. Dann wird die Notwendigkeit besonderer Bilanzierungsregeln für Sicherungsgeschäfte dargestellt. Nachdem deutlich gemacht wurde, dass eine Einzelbewertung von Sicherungsgeschäften nicht zu einer objektiven Darstellung führt, werden im nächsten Kapitel die Grundlagen des Hedge Accountings in IAS/IFRS und im HGB vorgestellt. Nach einem Überblick über die Voraussetzungen, die Arten und die Bilanzierungsvorschriften von Bewertungseinheiten, wird erläutert, welche bilanzpolitischen Möglichkeiten das Hedge Accounting bietet.

Darauf aufbauend wird untersucht, welchen Einfluss Bewertungseinheiten auf die Steuerbilanz haben. Es wird analysiert, wie die Steuerbilanz an die handelsrechtlichen Bewertungseinheiten anknüpft und welche handelsrechtlichen Regeln maßgeblich sind. Nach einem Überblick über die Voraussetzungen und Folgen der steuerbilanziellen Bewertungseinheiten wird erläutert, welche steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten sich daraus ergeben. Abschließend wird in einem Fazit das Ergebnis der Arbeit vorgestellt und ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen geboten.

⁴ In Anlehnung an: Wagenhofer, Internationale Rechnungslegungsstandards (2009), S. 357.

B. Sicherungsgeschäfte

Sichert ein Unternehmen eine oder mehrere Positionen gegen Risiken ab, so wird dieser Vorgang als Hedging (Absicherung) bezeichnet⁵. Hierzu wird eine offene Risikoposition (Grundgeschäft) mit einer bei gleichem Risiko gegenläufigen Position (Sicherungsgeschäft) abgesichert⁶. Im Idealfall sollte eine negative Wertänderung der einen Position stets mit einer positiven Wertänderung der anderen Position verbunden sein, so dass sich beide Geschäfte kompensieren. Man spricht dann davon, dass Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft eine Sicherungsbeziehung bilden, die auch als Hedge bezeichnet wird⁷. Eine solche Sicherungsbeziehung kann zu jedem beliebigen Zeitpunkt gebildet oder aufgelöst werden.

Sicherungsgeschäfte, auch Sicherungsinstrumente oder Hedging Instruments genannt, können in realwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Sicherungsgeschäfte unterteilt werden⁸. Realwirtschaftliche Sicherungsgeschäfte können beispielsweise operative Maßnahmen sein, die auf eine Veränderung im Beschaffungs-, Produktions- oder Absatzprozess abzielen⁹. Da solche realwirtschaftlichen Sicherungsgeschäfte für Bilanzierungsfragen keine Rolle spielen, werden diese im weiteren Verlauf der Arbeit nicht weiter betrachtet¹⁰.

Bei finanzwirtschaftlichen Sicherungsgeschäften werden ausschließlich Finanzinstrumente zur Absicherung verwendet. Grundsätzlich sind für Sicherungsgeschäfte sowohl originäre als auch derivate Finanzinstrumente geeignet. Allerdings kann beobachtet werden, dass in der betrieblich Praxis oft auf speziell für Sicherungszwecke entwickelte derivate Finanzinstrumente zurückgegriffen wird¹¹.

I. Finanzinstrumente

Nach IFRS ist ein Finanzinstrument ein Vertrag, welcher bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und gleichzeitig bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt¹². Finanzinstrumente können unterteilt werden in originäre Finanzinstrumente (z.B. Zahlungsmittel, Wertpapiere, Forderungen und Verbindlichkeiten) und derivate Finanzinstrumente (kurz Derivate)¹³.

Im HGB wird der Begriff Finanzinstrument zwar mehrfach verwendet¹⁴, aber an keiner Stelle definiert. In § 1 Abs. 11 KWG bzw. § 2 Abs. 2 b WpHG werden einige Finanzinstrumente aufgeführt, die wohl auch für die handelsrechtliche Abgrenzung gelten¹⁵. Nach Auffassung des Gesetzgebers ist eine exakte Definition des Begriffs „aufgrund der Vielfalt und ständigen Weiterentwicklung“ nicht möglich¹⁶. Grundsätzlich sollen auch im

⁵ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 25.

⁶ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006) 29; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 796; Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

⁷ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 25.

⁸ Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 16.

⁹ Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 17.

¹⁰ Bewertungseinheiten können nur mit Finanzinstrumenten als Sicherungsgeschäft gebildet werden. Siehe Abschnitt D.III; Vgl. auch: Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 16.

¹¹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 29; Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1451.

¹² IAS 32.11; Barz/Eckes/Weigel, IFRS für Banken (2008), S. 283.

¹³ Barz/Eckes/Weigel, IFRS für Banken (2008), S. 283.

¹⁴ Beispielsweise in: § 340c Abs. 1 S. 1 HGB, § 285 Satz 1 Nr. 18 u. 19 HGB u.a.

¹⁵ Vgl. Ellrott in Beck Bil-Komm., HGB § 285 Rn. 312.

¹⁶ Vgl. Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 53.

HGB Derivate zu den Finanzinstrumenten zählen. Es ist davon auszugehen, dass Finanzinstrumente im Sinne von IAS 32.11 auszulegen sind¹⁷.

II. Derivate Finanzinstrumente

Ein Derivat ist ein verbindliches Geschäft, bei dem sich zwei Vertragspartner verpflichten, zu einem späteren Zeitpunkt Leistung gegen Geld zu tauschen¹⁸. Es handelt sich bei dieser Art von Finanzinstrumenten also um schwebende Geschäfte, da der Verpflichtungstermin und der Erfüllungstermin zeitlich auseinander liegen. Derivate beziehen sich immer auf einen Basiswert (engl.: underlying) wie z.B. Zinssätze, Wechselkurse oder Rohstoffpreise. Der Wert des Derivats kann aufgrund der Abhängigkeit des Basiswerts unregelmäßigen Schwankungen unterliegen. Ein Vorteil von Derivaten gegenüber anderen Finanzinstrumenten liegt darin, dass nur eine geringe Anschaffungszahlung notwendig ist, um von den Wertänderungen des Basisobjektes zu profitieren. Diese aus betriebswirtschaftlicher Sichtweise zwar positive Eigenschaft, ist zugleich einer der wesentlichen Kritikpunkte an Derivaten, da es dadurch möglich wird Risiken einzugehen, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses keine Kosten verursachen. Gerade seit der Finanzmarktkrise sind Derivate deshalb starker Kritik ausgesetzt¹⁹.

In IAS 39.9 existiert eine Legaldefinition für Derivate, laut dieser muss ein Finanzinstrument oder Vertrag drei Voraussetzungen erfüllen, um als Derivat zu gelten²⁰. Das Derivat muss an einen Basiswert gebunden sein, es darf nur eine geringe Anfangsinvestition benötigen und es muss zu einem späteren Zeitpunkt beglichen werden. Als typische Derivate werden in IAS 39 Forwards, Swaps, Futures und Optionen genannt²¹. Das HGB bietet wiederum keine Definition von Derivaten. Die Gesetzesbegründung des BilMoG macht aber erneut deutlich, dass auch dieser Begriff synchron zu den internationalen Standards zu interpretieren ist²².

III. Risiken

Das Risiko eines Geschäftes kann definiert werden als die Möglichkeit, dass der Wert des Geschäfts vom erwarteten Wert abweicht²³. Diese Abweichung vom Erwartungswert μ kann durch die Varianz σ^2 quantifiziert werden²⁴. Je größer die Varianz eines Geschäftes ist, desto größer ist das damit verbundene Risiko. Da die Wertabweichung sowohl positiv als auch negativ ausfallen kann, wird oft ein enger ausgelegter Risikobegriff verwendet, so dass nur eine negative Abweichung als Risiko bezeichnet wird. Die Ursachen einer Wertabweichung können sehr unterschiedlich sein, da Unternehmen einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt sind. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die einzelnen Risikoarten.

¹⁷ Vgl. Böcking/Torabian, BB 2008, 265, 265; Böcking, BB Beilage 2005, Nr. 3, 5, 8; Schmidt, BB 2009, 882 884; Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 314.

¹⁸ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 314.

¹⁹ Vgl. Morgenson, NYT, 27.02.2010, S. BU1; Schulz, FAZ 23.05.2009, S. 23.

²⁰ IAS 39.9; Barz/Eckes/Weigel, IFRS für Banken (2008), S. 286.

²¹ IAS 39.AG9.

²² Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 53.

²³ Hier wird ein finanzwirtschaftlicher Risikobegriff verwendet; Vgl. Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 19; Brötzmann, Bilanzierung v. güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004) S. 12.

²⁴ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 19.

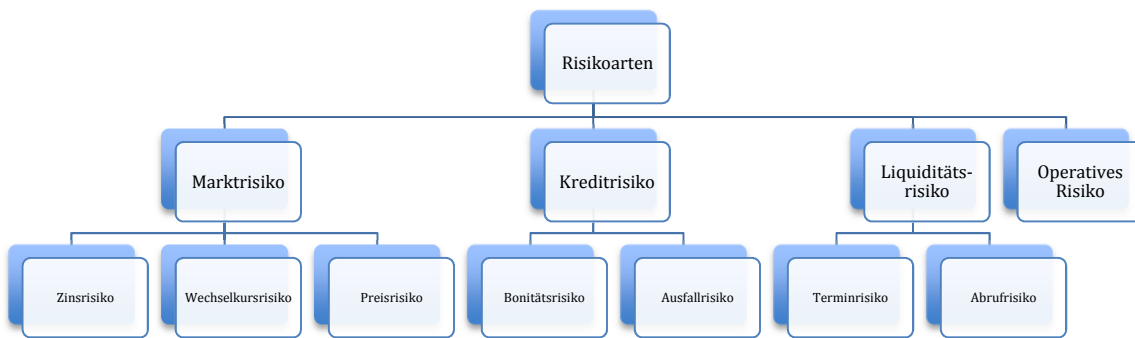


Abbildung 2: Risikoarten

Quelle: In Anlehnung an Brötzmann²⁵

1. Marktrisiken

Als Markt- oder Kursrisiken werden Risiken bezeichnet, die durch Schwankungen von Marktpreisen verursacht werden²⁶. Marktrisiken haben stets einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens und werden daher häufig durch Sicherungsgeschäfte abgesichert²⁷. Der Begriff umfasst Zins-, Wechselkurs-, Aktienkurs- und Güterpreisschwankungen, dementsprechend lassen sich Marktrisiken auch weiter unterteilen²⁸.

Ein Zinsänderungsrisiko ist die, aus der Veränderung von Zinssätzen resultierende Gefahr einer nachteiligen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Diese Risikoklasse kann weiter unterteilt werden in Vermögens- und Einkommensrisiken. Vermögensrisiken liegen beispielsweise dann vor, wenn Änderungen des Marktzinses bei festverzinslichen Positionen zu einer Verschlechterung ihres Barwertes führen²⁹. Einkommensrisiken beschreiben die Gefahr einer Verschlechterung des Zinsergebnisses, also einer negativen Änderung bei variabel verzinslichen Positionen³⁰.

Als Wechselkurs- oder Währungsrisiko wird die Gefahr möglicher Schwankungen im Austauschverhältnis zweier Währungen bezeichnet³¹. Von diesem Risiko können alle Positionen betroffen sein, die auf fremde Währung lauten. Eine typische Ausprägung eines Währungsrisikos besteht beispielsweise, wenn der Wechselkurs einer Fremdwährungsforderung zum Zeitpunkt der Zahlung unterhalb des ursprünglichen Kurses liegt.

Die dritte wichtige Gruppe der Marktrisiken stellen die Preisrisiken, die wiederum in Aktienkurs- und Warenpreisrisiken unterteilt werden können, dar³². Derartige Risiken umfassen Marktpreisschwankungen von Wertpapieren, Rohstoffen und anderen Waren.

²⁵ Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 13.

²⁶ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 20.

²⁷ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 20.

²⁸ Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 13; Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 20.

²⁹ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 20.

³⁰ ausführlicher: Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 20.

³¹ Stauber, Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken (2009), S. 29.

³² Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 22.

2. Kreditrisiken

Unter einem Kreditrisiko wird die Gefahr eines vollständigen oder anteiligen Wertverlustes einer Position verstanden³³. Dieses Risiko wird im Allgemeinen durch die Zahlungsfähigkeit des Schuldners beeinflusst. Dementsprechend kann das Kreditrisiko auch weiter unterteilt werden in das Bonitätsrisiko und das Ausfallrisiko³⁴. Unter dem Ausfallrisiko wird dabei die Gefahr eines tatsächlichen Ausfalls der Position verstanden. Beim Bonitätsrisiko wird der Wertverlust der Position durch eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeit des Schuldners hervorgerufen³⁵. Bonitätsrisiken werden oftmals durch Ratingagenturen ermittelt. Darüber hinaus ist auch eine Risikobestimmung durch den Gläubiger selbst möglich, man spricht dann von einem internen Rating³⁶. Bei der Berechnung des Bonitätsrisikos wird unter Berücksichtigung historischer Daten mittels statistischer Verfahren eine Risikoklasse gebildet. Die berechnete Risikoklasse gibt dabei jedoch nicht den wahren Wert des Risikos wieder, sondern stellt lediglich einen Vergleichswert dar, der die Bonität im Verhältnis zu anderen Titeln angeben soll³⁷.

Kreditrisiken werden oft durch neuartige Finanzinstrumente, wie Credit Default Swaps (CDS) und Asset Backed Secures (ABS), die erst durch die Finanzmarktkrise in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind, abgesichert³⁸.

3. Liquiditätsrisiken

Unter einem Liquiditätsrisiko wird die durch Fälligkeitsunterschiede bei Ein- und Auszahlungen verursachte Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit verstanden³⁹. Liquiditätsrisiken können weiter unterteilt werden in Refinanzierungsrisiken, Terminrisiken und Abrufрисiken.

Ein Refinanzierungsrisiko kann beispielsweise dann auftreten, wenn die vereinbarten Kapitalbindungsfristen auf der Aktivseite länger sind als auf der Passivseite, so dass eine Deckungslücke besteht.

Ein Terminrisiko liegt vor, wenn sich die vereinbarten Zahlungseingänge verzögern und es dadurch zu einem Liquiditätsengpass kommt. Analog dazu beschreibt das Abrufisiko die Gefahr, dass zugesagte Kredite unerwartet abgerufen werden⁴⁰.

4. Operative Risiken

Operative Risiken, die auch als Betriebsrisiken oder operationelle Risiken bezeichnet werden, basieren auf der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Verfahren, Systemen oder einzelnen Personen⁴¹. Operative Risiken können oft durch geeignete Prozesse und Kontrollen verringert werden.

³³ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 22.

³⁴ Stauber, Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken (2009), S. 18.

³⁵ Die schlechtere Bonität führt zu einem Risikoaufschlag und somit zu einem niedrigeren Marktwert. Vgl. Stauber, Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken (2009), S. 18.

³⁶ Stauber, Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken (2009), S. 264.

³⁷ Vgl. Stauber, Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken (2009), S. 19.

³⁸ Vgl. Teicher, Die Konstruktion von Kreditderivaten (2009), S. 15; Morgenson, NYT, 27.02.2010, S. BU1.

³⁹ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 23.

⁴⁰ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 23 Fn. 100.

⁴¹ Vgl. Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 24; Kaiser/Köhne, Operationelle Risiken in Finanzinstituten (2007), S. 13.

IV. Risikomanagement

Das unternehmensinterne Risikomanagement hat die Aufgabe, die Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, zu überwachen, zu messen, zu bewerten und zu steuern⁴². Die Aufgabe besteht somit nicht in der grundsätzlichen Vermeidung von Risiken sondern lediglich in der Verminderung von Risiken, die den erwarteten Nutzen übersteigen⁴³. Risikomanagement ist keine Aufgabe, die gelegentlich ausgeführt wird, sondern ein fortlaufender Prozess. Der Risikomanagementprozess besteht aus den Schritten Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung und Risikokontrolle.

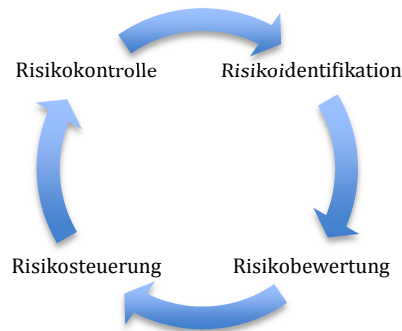


Abbildung 3: Der Risikomanagementprozess

Quelle: In Anlehnung an Beinert⁴⁴

Während der Risikoidentifikation werden die vorhandenen Einzelrisiken zunächst identifiziert und ggf. Risikogruppen zugeordnet. Die anschließende Risikobewertung dient der Quantifizierung möglicher durch das Risiko verursachter Schäden. Ein üblicher Bewertungsansatz ist das Value-at-Risk-Konzept. Hierbei wird die Risikoposition mit dem Verlustbetrag bewertet, der bei einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraums nicht überschritten wird⁴⁵. Beispielsweise bedeutet ein Value-at-Risk von 5 Mio. EUR bei einer Haltedauer von einem Monat und einem Konfidenzniveau von 97,5%, dass der Verlust der Risikoposition innerhalb eines Monats einen Betrag von 5 Mio. EUR mit einer Wahrscheinlichkeit von 97,5% nicht übersteigen wird.

Im Rahmen der Risikosteuerung werden abhängig von der Risikoart, der Risikobewertung und dem angestrebten Risiko-Rendite-Verhältnis geeignete Maßnahmen durchgeführt⁴⁶. Mögliche Maßnahmen sind beispielsweise die Risikostreuung, also die Reduktion des Gesamtrisikos durch möglichst verschiedenartige Einzelrisiken, sowie die Risikoübernahme, also das bewusste Eingehen von Risiken um damit verbundene Ertragschancen zu nutzen. Die Absicherung von Risiken durch Sicherungsgeschäfte ist eine weitere übliche Maßnahme der Risikosteuerung⁴⁷.

Der letzte Schritt im Risikomanagementprozess ist die Risikokontrolle. Hierbei wird überprüft, ob die in der Risikosteuerung durchgeführten Maßnahmen wirksam waren.

⁴² Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 29.

⁴³ Beinert in Reichling, Risikomanagement (2003), S. 26.

⁴⁴ Beinert in Reichling, Risikomanagement (2003), S. 27.

⁴⁵ Beinert in Reichling, Risikomanagement (2003), S. 27.

⁴⁶ Vgl. Beinert in Reichling, Risikomanagement (2003), S. 27

⁴⁷ Vgl. Beinert in Reichling, Risikomanagement (2003), S. 35; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 30.

In Deutschland ist seit Einführung von § 91 Abs. 2 AktG, durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), die Etablierung eines Risikofrüherkennungssystems zumindest für Aktiengesellschaften verpflichtend vorgeschrieben⁴⁸. Es wird jedoch kein vollständiges Risikomanagementsystem gefordert⁴⁹. Auch für andere Kapitalgesellschaften und bestimmte Personengesellschaften besteht zumindest indirekt die Pflicht, Risikomanagement zu betreiben bzw. ein Risikomanagementsystem einzuführen. Denn laut § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB sind Unternehmen verpflichtet, die Risikomanagementziele und Methoden im Lagebericht anzugeben⁵⁰. Der Gesetzgeber geht also davon aus, dass die Unternehmen Risikomanagement betreiben. Wie das Risikomanagementsystem aufgebaut sein soll, wird allerdings nicht spezifiziert. Lediglich für Institute der Finanzwirtschaft existiert mit § 25a Abs. 1 KWG eine Spezialvorschrift, die konkrete Anforderungen nennt, die das interne Risikomanagement erfüllen muss⁵¹. Auch das Rundschreiben der BaFin über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) enthält konkrete Anforderungen an das Risikomanagement bei Finanzinstituten⁵².

V. Arten von Sicherungsgeschäften

Sicherungsgeschäfte lassen sich nach verschiedenen Kriterien kategorisieren. Besonders verbreitet ist die Kategorisierung nach dem Umfang der Grundgeschäfte⁵³.

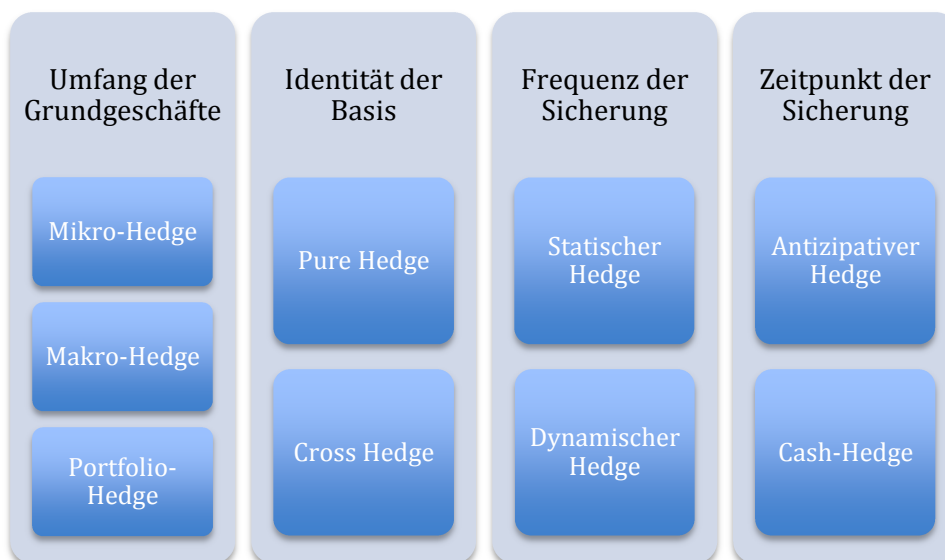


Abbildung 4: Arten von Sicherungsbeziehungen

Quelle: In Anlehnung an Barckow⁵⁴

⁴⁸ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 30; Schäfer/Zeller, BB 2009, 1706, 1706.

⁴⁹ Schäfer/Zeller, BB 2009, 1706, 1707.

⁵⁰ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 30.

⁵¹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 30; Schäfer/Zeller, BB 2009, 1706, 1707.

⁵² Aktuelle Fassung: Rundschreiben 15/2009 (BA) vom 14. August 2009 (BA 54-FR 2210-2008/0001); Vgl. Schäfer/Zeller, BB 2009, 1706, 1709.

⁵³ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 31.

⁵⁴ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 26.

1. Umfang der Grundgeschäfte

Ein Mikro-Hedge bezeichnet eine Sicherung eines einzelnen Grundgeschäftes durch ein Sicherungsgeschäft. Werden hingegen zwei oder mehrere Grundgeschäfte zusammengefasst und gemeinsam abgesichert, so spricht man von einem Makro-Hedge. Bei dieser Form der Sicherung wird nur die sogenannte Nettorisikoposition, die sich aus der Differenz der Grundgeschäfte ergibt, durch ein oder mehrere Sicherungsgeschäfte abgesichert⁵⁵. Ein solcher Makro-Hedge könnte z.B. eingesetzt werden, wenn in Fall 1 neben der Kaufverpflichtung auch eine Forderung in US-Dollar bestehen würde. Die beiden Geschäfte können dann zusammengefasst und gemeinsam abgesichert werden. In einem solchen Szenario gleichen sich die Wechselkursänderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten zumindest teilweise aus. Lediglich für die Differenz aus beiden Positionen müsste ein Sicherungsgeschäft abgeschlossen werden⁵⁶.

Eine weitere Form der Sicherung ist der Portfolio-Hedge, dieser beschreibt nach Ansicht einiger Autoren die Zusammenfassung von Finanzinstrumenten bei Kreditinstituten zu einem Portfolio und deren gemeinsame Absicherung⁵⁷. Teilweise wird jedoch auch die Auffassung vertreten, dass Makro- und Portfolio-Hedge als synonym anzusehen sind⁵⁸. Um für Klarheit in der Bezeichnung zu sorgen, empfiehlt es sich, die Absicherung von Handelsbeständen bei Kreditinstituten als Portfolio-Handels-Hedge zu bezeichnen. Eine präzisere Bezeichnung ist auch geboten, da die Gesetzesbegründung zum BilMoG ein Portfolio-Hedge als eine Sicherung der Risiken mehrerer gleichartiger Grundgeschäfte beschreibt⁵⁹. Diese Definition wird auch im Rahmen dieser Arbeit verwendet. Demnach ist ein Portfolio-Hedge ein spezieller Makro-Hedge, der die Gleichartigkeit der Grundgeschäfte voraussetzt⁶⁰. Allgemein können in Makro-Hedges auch verschiedenartige Geschäfte unter Beachtung der kompensierenden Wirkung zusammengefasst werden.

2. Identität der Basis

Wenn Grund- und Sicherungsgeschäfte die gleiche Basis besitzen, wird die zugrunde liegende Sicherungsbeziehung als pure Hedge bezeichnet⁶¹. Eine Absicherung einer Forderung in US-Dollar durch ein US-Dollar Devisentermingeschäft ist ein typisches Beispiel für eine solche Basisidentität. Bei einem cross Hedge hingegen wird das Grundgeschäft nicht durch ein Sicherungsgeschäft mit identischer, sondern lediglich ähnlicher Basis gesichert. Die Basis des Grundgeschäftes muss also auf Veränderungen des Marktpreises ähnlich reagieren wie die Basis des Sicherungsgeschäftes⁶².

Absicherungen durch pure Hedges sind prinzipiell zuverlässiger, als solche durch cross Hedges, da die Identität der Basis zu entgegengesetzten Risiken auf beiden Seiten führt⁶³. Bei cross Hedges ist eine perfekte Sicherung hingegen nur schwer zu erreichen, da sich beide Basen trotz der Ähnlichkeit in verschiedene Richtungen entwi-

⁵⁵ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 177.

⁵⁶ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 32.

⁵⁷ Vgl. Prahl/Naumann, Financial Instruments (2000), S. 119; Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 177.

⁵⁸ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 36.

⁵⁹ Vgl. Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 58; Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 178.

⁶⁰ So auch: Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. S. 27.

⁶¹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 40; Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 28.

⁶² Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 40.

⁶³ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 40.

ckeln können. Cross Hedges finden vor allem in Fällen Verwendung, in denen keine Sicherungsinstrumente mit gleicher Basis existieren⁶⁴. Typisch sind hierfür Zinsabsicherungen, da die Marktwerte von Zinstiteln von verschiedensten Faktoren abhängen, so dass es nur schwer möglich ist Sicherungsinstrumente zu finden, die alle Faktoren abbilden⁶⁵.

3. Frequenz der Absicherung

Ein weiteres Unterscheidungskriterium für Sicherungsstrategien ist die Veränderlichkeit der Sicherung. Ob die Sicherungsbeziehung während der Sicherungsdauer Veränderungen unterliegt, hängt davon ab, ob durch einmaliges Absichern ein Kompensationseffekt erreicht werden kann, der von Dauer ist oder, ob regelmäßig Anpassungen der Absicherung durchgeführt werden müssen. Im ersten Fall spricht man von einem statischen Hedge⁶⁶. Eine solch statische Sicherungsbeziehung ist in der Regel nur bei Mikro-Hedges möglich, wenn sich die Veränderungen beider Geschäfte über die Laufzeit gut kompensieren. Im Rahmen von Makro-Hedges und Portfolio-Hedges ist es hingegen schwierig eine konstante Absicherung zu erzielen. Das liegt zum einen daran, dass sich die Nettorisikoposition im Zeitverlauf verändern kann und zum anderen daran, dass sich die Gruppe der Grundgeschäfte ändern kann, z.B. weil neue Geschäfte abgeschlossen werden⁶⁷. In einem solchen Fall ist es notwendig, die Wirkung der Absicherung mit regelmäßiger Frequenz zu überprüfen und ggf. anzupassen. Diese Vorgehensweise wird als dynamisches Hedging bzw. „hedge and watch“ bezeichnet⁶⁸.

4. Zeitpunkt der Absicherung

Wird eine Sicherungsbeziehung zum Entstehungszeitpunkt des Grundgeschäftes oder zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen, so spricht man von einem Bestands-Hedge oder Cash-Hedge⁶⁹. Ein Beispiel hierfür ist in Fall 1 gegeben. Soll dagegen ein zukünftiges Geschäft abgesichert werden, spricht man von einem antizipativen Hedge. Wird beispielsweise eine Transaktion in fremder Währung geplant, so kann der Wechselkurs durch den Abschluss eines antizipativen Hedges bis zum Kauftermin gehalten werden. Auch das in Fall 2 skizzierte Beispiel eines geplanten Wertpapierkaufs ist eine Form des antizipativen Hedgings. Eine antizipative Absicherung dient, wie man sieht, nicht der Absicherung realer Verluste, sondern der Absicherung von Opportunitätsverlusten, also Verlusten, die entstehen würden wenn das Grundgeschäft zum Sicherungszeitpunkt nicht geplant, sondern bereits abgeschlossen wäre⁷⁰. Aus diesem Grund ist die Bilanzierung derartiger Absicherungen auch höchst umstritten, wie der weitere Verlauf der Arbeit zeigen wird.

⁶⁴ Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 28.

⁶⁵ Faktoren sind u.a die Bonität des Schuldners und die Restlaufzeit. Vgl. Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 28.

⁶⁶ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 41.

⁶⁷ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 41; Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S. 29.

⁶⁸ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 41.

⁶⁹ Die Bezeichnung Cash-Hedge ist die geläufigere. Vgl. Barckow, Bilanzierung v. derivaten Finanzinstrumenten (2004), S.29.

⁷⁰ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 42.

C. Notwendigkeit von Bewertungseinheiten

Bevor erörtert werden kann, wie Bewertungseinheiten innerhalb der Bilanz abzubilden sind, soll nachfolgend geklärt werden, wie die grundsätzlichen Regelungen zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten aussehen und welche bilanziellen Folgen ein Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten hätte. Es soll also untersucht werden, weshalb besondere Regelungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften notwendig sind.

I. Bilanzielle Erfassung (derivater) Finanzinstrumente nach dem HGB

1. Imparitätische Einzelbewertung im Sinne der GoB

Für Bilanzpositionen, für die es keine Regelungen in den speziellen Vorschriften des HGB gibt, ist unter Berücksichtigung des handelsrechtlichen Sinn und Zwecks auf die allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zurückzugreifen⁷¹. Die GoB bilden sowohl die Grundlage für die handelsrechtliche Bilanzierung nach § 243 Abs. 1 HGB als auch für die steuerrechtliche Gewinnermittlung nach § 5 Abs. 1 S. 1 EStG⁷². Durch die Bildung von Bewertungseinheiten kommt es zum Teil zu einer Abweichung von den GoB. Gleichzeitig kann die Bildung von Bewertungseinheiten auch durch die GoB geboten sein⁷³.

Bewertungseinheiten stehen vor allem mit dem Vorsichts-, Realisations-, Imparitäts- und Einzelbewertungsprinzip in Konflikt.⁷⁴ Auch das Prinzip der Nichtbilanzierung schwebender Geschäfte wird insbesondere bei der Bildung von antizipativen Bewertungseinheiten verletzt.

Wenn jedoch die Aufgaben des Jahresabschlusses betrachtet werden, nämlich die Rechenschafts-, die Gewinnermittlungs-, die Ausschüttungsbemessungs-, die Gläubigerschutz- und die Informationsfunktion⁷⁵, dann kann die Bildung von Bewertungseinheiten durchaus geboten sein⁷⁶.

Nachfolgend werden die GoB aufgeführt, die für eine Einzelbewertung von Sicherungsbeziehungen relevant sind⁷⁷.

a) Vorsichtsprinzip

Nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB ist vorsichtig zu bewerten. Das Vorsichtsprinzip ist ein übergeordneter Grundsatz aus dem sich das Imparitätsprinzip und das Realisationsprinzip ergeben⁷⁸. Unter dem Primat des Gläubigerschutzes soll mit dem Vorsichtsprinzip ein möglichst risikoarmer Gewinnausweis erfolgen. Das Vorsichtsprin-

⁷¹ Hier wird der deduktiven Methode gefolgt. Vgl. Förchle/Usinger in Beck Bil-Komm., HGB § 243 Rn. 18; Ballwieser in MüKo-HGB § 243 Rn. 7.

⁷² Vgl. Birk, Steuerrecht (2009), § 5, Rn. 819.

⁷³ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 164.

⁷⁴ Böcking/Löw/Wohlmannstetter in MüKo-HGB § 340e Rn. 88.

⁷⁵ Winkeljohann/Schellhorn in Beck Bil-Komm., HGB § 264 Rn. 35.

⁷⁶ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 164.

⁷⁷ Auf eine vollständige Darstellung aller GoB wird im Rahmen dieser Arbeit verzichtet. Ausführlicher in: Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht (2008), S. 24; Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn 332.

⁷⁸ Winkeljohann/Büssow in Beck Bil-Komm., HGB § 252 Rn. 29; Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn. 352; Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht (2008), S. 29.

zip sieht vor, alle vorhersehbaren Risiken bei der Bilanzierung zu berücksichtigen und die Gläubiger somit vor Verlusten zu schützen. Da eine vorsichtige Bilanzierung nicht im Ermessen des Bilanzierenden liegen kann, sind die Ausprägungen des Vorsichtsprinzips nicht als Wahlrechte, sondern als Gebote zu verstehen⁷⁹.

b) Imparitätsprinzip

Das Imparitätsprinzip (von lateinisch „impar“: „ungleich“) fordert, dass positive Ergebnisbeiträge anders behandelt werden als negative Ergebnisbeiträge.⁸⁰ Positive Ergebnisbeiträge müssen sowohl verursacht als auch realisiert sein. Wohingegen negative Beiträge bereits dann zu erfassen sind, wenn diese lediglich verursacht, jedoch noch nicht realisiert wurden. Für Fall 1 müsste unter der Annahme, dass keine Bewertungseinheit gebildet wird, ein erwarteter Wertverlust aus dem Devisentermingeschäft erfasst werden, ein erwarteter Gewinn jedoch nicht⁸¹.

c) Realisationsprinzip

Ein Gewinnausweis darf nach dem Realisationsprinzip erst nach einem Leistungstausch erfolgen⁸². Eine reine Wertsteigerung, die nicht durch einen Umsatzprozess realisiert wurde, darf nicht ausgewiesen werden. Wertsteigerungen, die über die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus gehen, sind nicht zu erfassen⁸³.

d) Einzelbewertungsprinzip

Auch der Grundsatz der Einzelbewertung kann als eine Ausprägung des Vorsichtsprinzips angesehen werden.⁸⁴ Dieser Grundsatz ist in § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB kodifiziert und besagt, dass die Vermögensgegenstände und Schulden einzeln zu bewerten sind. Einige Regelungen des HGB gestatten eine Abweichung vom Grundsatz der Einzelbewertung, indem beispielsweise auf Fest- oder Gruppenbewertung oder bestimmte Verbrauchsfolgeverfahren zurückgegriffen wird⁸⁵.

e) Bilanzierungsverbot für schwebende Geschäfte

Als schwebend bezeichnet man einen zweiseitigen verpflichtender Vertrag, der auf einen Leistungsaustausch gerichtet ist und bei dem der zur Sach- oder Dienstleistung Verpflichtete seine Leistung noch nicht erbracht hat. Gemäß dem Prinzip der wirtschaftlichen Verursachung werden Ansprüche aus dem Vertrag erst bei Erfüllung bilanziert. Im Falle eines drohenden Verlustes aus einem schwebenden Geschäft muss entsprechend dem Imparitätsprinzip eine Rückstellung gebildet werden⁸⁶.

⁷⁹ Vgl. Ballwieser in MüKom-HGB, § 252 Rn. 59.

⁸⁰ Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn. 366.

⁸¹ Vgl. Abschnitt C.III.

⁸² Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht, (2008), S. 30; Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn. 356.

⁸³ Vgl. Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht, (2008), S. 30.

⁸⁴ Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn. 353.

⁸⁵ §§ 240 Abs. 3 u. 4, 256 HGB.

⁸⁶ Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht, (2008), S. 34.

2. Spezifische Regelungen für Finanzinstrumente

Spezifische Regelungen, wie Finanzinstrumente zu bilanzieren sind, existieren im HGB ausschließlich für Kreditinstitute. Finanzinstrumente im Handelsbestand von Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten sind seit dem BilMoG zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten⁸⁷.

Für alle übrigen Unternehmen ist es aufgrund fehlender Bilanzierungs-Regeln richtig, unter Berücksichtigung der oben vorgestellten GoB, auf die allgemeinen Bewertungsvorschriften zurückzugreifen⁸⁸. Folglich sind Finanzinstrumente grundsätzlich einzeln und vorsichtig zu bewerten. Abhängig von der Frage, ob es sich um Finanzinstrumente des Anlage- oder Umlaufvermögens handelt, ist unterschiedlich zu bewerten. Für aktive Finanzinstrumente im Anlagevermögen gilt das gemilderte Niederstwertprinzip, für solche im Umlaufvermögen das strenge Niederstwertprinzip.⁸⁹ Im Gegensatz zu anderen Vermögensgegenständen besteht für Finanzanlagen gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB, auch bei vorübergehender Wertminderung, ein Abschreibungswahlrecht⁹⁰. Für drohende Verluste im Zusammenhang mit derivativen Finanzinstrumenten muss gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB eine Rückstellung gebildet werden⁹¹.

Darüber hinaus regelt das HGB, dass besondere Angaben über Finanzinstrumente in den Anhang des Jahresabschlusses aufzunehmen sind.

II. Bilanzielle Erfassung (derivater) Finanzinstrumente nach IAS/IFRS

1. Bilanzgrundsätze in IAS/IFRS

Bedingt durch den Aufbau der IAS/IFRS existieren in diesem Regelwerk keine mit den GoB vergleichbaren Regeln⁹². Im deutschen Handelsrecht sollen mit einer möglichst geringen Anzahl allgemeiner Normen konkrete Fälle gelöst werden. Im Gegensatz dazu sind die internationalen Rechnungslegungsstandards als Case Law ausgestaltet, um für viele Einzelfälle konkrete Vorschriften zu erfassen⁹³. Die Grundsätze der IAS/IFRS Standards werden im Framework des IASB erfasst. Das Framework selbst stellt allerdings selbst keinen Standard dar, sondern gibt nur den Rahmen vor, in dem sich die Standards bewegen sollen⁹⁴. Das Framework beschreibt u.a. qualitative Anforderungen und Nebenbedingungen für Abschlussinformationen. Als qualitative Anforderungen werden Verständlichkeit, Relevanz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit genannt⁹⁵. Für die Anforderungen Relevanz und Verlässlichkeit werden zusätzlich drei Nebenbedingungen formuliert. Die im Framework formulierten Grundsätze überschreiben allerdings nicht die Aussagen der einzelnen Standards. Die Grundsätze stellen nur die vom IASB identifizierten Vorraussetzungen dar, um das Ziel des Jahresabschlusses, die Bereitstellung

⁸⁷ § 340 e Abs. 3 S. 1 HGB.

⁸⁸ Vgl. Böcking/Löw/Wohlmannstetter in MüKo-HGB § 340e, Rn. 88.; Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse (2009), S. 246.

⁸⁹ Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 318; Kozikowski/Roscher/Schramm in Beck Bil-Komm., HGB § 253 Rn. 1.

⁹⁰ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 318; Quick/Wolz, Bilanzierung in Fällen (2009), S. 80.

⁹¹ Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse (2009), S. 279.

⁹² Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 144.

⁹³ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 86.

⁹⁴ Kampmann/Schwedler in Buschhüte/Striegel, Internationale Rechnungslegung (2009), § 3 Rn. 33.

⁹⁵ Ausführlicher in: Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 145; Kampmann/Schwedler in Buschhüte/Striegel, Internationale Rechnungslegung (2009), § 3 Rn. 48; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. S. 92.

entscheidungsrelevanter Informationen, zu erreichen⁹⁶. Eine Anwendung der einzelnen Standards führt also nach Meinung des IASB in der Regel zu einem Abschluss, der den Grundsätzen entspricht⁹⁷.

a) Fair Presentation

Eine herausragende Stellung im Normengefüge von IAS/IFRS hat der Grundsatz der Fair Presentation⁹⁸. Während das HGB sehr stark vom Gedanken des Gläubigerschutzes geprägt ist und deshalb dem Vorsichtsprinzip eine besondere Stellung einräumt, ist in IAS/IFRS der Grundsatz der Fair Presentation von besonderer Bedeutung. Die Bilanzierung soll so erfolgen, dass die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens dargestellt werden⁹⁹. Die Anwendung der einzelnen IFRS, gegebenenfalls ergänzt um zusätzliche Angaben, führt im Regelfall zu einem Abschluss, der einer Fair Presentation entspricht¹⁰⁰. Es kann jedoch Fälle geben, in denen sich der Abschlussersteller über Einzelregelungen hinweg setzen muss, um eine Fair Presentation zu erreichen¹⁰¹. Obwohl auch § 264 Abs 2 Satz 1 HGB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage fordert, geht die Regelung in IAS 1.17 deutlich darüber hinaus, weil es sich hierbei um ein sog. overriding principle, also eine Generalklausel handelt¹⁰².

b) Einzelbewertung

Der Einzelbewertungsgrundsatz wird im IASB Framework nicht direkt genannt. Dennoch kann aus den Formulierungen geschlossen werden, dass die Einzelbewertung grundsätzlich für die IAS/IFRS gilt.¹⁰³ Beispielsweise ist in F.83 davon die Rede, dass dem Unternehmen ein mit dem Posten (the item) verbundener wirtschaftlicher Nutzen zufließt.¹⁰⁴ Ein weiteres Beispiel ist die Formulierung in IAS 2.29, nach welcher Vorräte einzeln (item by item) abzuwerten sind.¹⁰⁵

2. Spezifische Regelungen für Finanzinstrumente

Im Unterschied zum HGB geben die internationalen Rechnungslegungsstandards explizit vor, wie Finanzinstrumente zu bewerten sind. Finanzinstrumente können gemäß IAS 39.9 in vier Kategorien eingeteilt werden, von denen auch die Bewertung abhängt¹⁰⁶.

- Die Kategorie **Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden** (financial assets at fair value through profit or loss) umfasst zwei verschiedene Arten von Finanzinstrumenten. Zwingend dieser Kategorie zuzuordnen sind Finanzinstrumente des Handelsbestands (held for trading).

⁹⁶ Vgl. IASB F.24.

⁹⁷ Vgl. Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 98.

⁹⁸ IASB F.46; IAS 1.15.

⁹⁹ Vgl. Obst in Buschhüte/Striegel, *Internationale Rechnungslegung* (2009), § 4 Rn. 4.

¹⁰⁰ Vgl. IAS 1.13.

¹⁰¹ IAS 1.17; Wawrzinek in Beck'sches IFRS-Handbuch (2009), § 2 Rn. 14.

¹⁰² Bohl/Mangliers in Beck'sches IFRS-Handbuch (2006), § 2 Rn. 7.

¹⁰³ Heno, *Jahresabschluss* (2006), S. 84; Wawrzinek in Beck'sches IFRS-Handbuch (2009), § 2 Rn. 52.

¹⁰⁴ IASB F.83.

¹⁰⁵ IAS 2.29.

¹⁰⁶ Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, *Internationale Rechnungslegung* (2008), S. 542.

Für bestimmte andere Finanzinstrumente (Designated at fair value) besteht ein Wahlrecht des Bilanzierenden, ob die Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet werden¹⁰⁷.

- Bei **bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen** (held-to-maturity investments) müssen sämtliche Zahlungen fest oder klar bestimmbar sein und das Unternehmen muss die Absicht haben, die Vermögenswerte bis zum Laufzeitende zu behalten. Außerdem darf es sich nicht um Ausleihungen oder Forderungen handeln¹⁰⁸.
- Bei **Krediten und Forderungen** (loans and receivables) handelt es sich um Ausleihungen mit festen oder klar bestimmbar Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind¹⁰⁹.
- Als **zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte** (available-for-sale financial assets) werden alle Finanzinstrumente klassifiziert, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet wurden¹¹⁰.

Sämtliche Finanzinstrumente werden beim Erwerb grundsätzlich mit dem Fair Value bewertet. Der Wertmaßstab der Folgebewertung ist abhängig von der Kategorisierung der Finanzinstrumente¹¹¹. Außerdem muss zwischen finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten unterschieden werden.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorien „loans and receivables“ und „held-to-maturity investments“ werden zu ihren fortgeführten Anschaffungskosten bewertet¹¹². Für alle anderen finanziellen Vermögenswerte ist eine Fair Value Bewertung durchzuführen, es sei denn, es handelt sich um Eigenkapitaltitel, für welche kein Preis auf einem aktiven Markt existiert oder für die sich der Fair Value nicht verlässlich bestimmen lässt. Die genannten Eigenkapitaltitel oder Derivate auf solche Eigenkapitaltitel sind zu ihren Anschaffungskosten zu bewerten¹¹³.

Auch wenn bei Vermögenswerten der Kategorien „financial assets at fair value through profit or loss“ und „available-for-sale financial assets“ der Fair Value als Wertmaßstab anzusetzen ist, so gibt es dennoch Unterschiede in der Bilanzierung, nämlich hinsichtlich der Auswirkungen auf die GuV. Finanzinstrumente der ersten Kategorie werden sowohl bei positiven als auch bei negativen Wertänderungen erfolgswirksam über die GuV gebucht. Wohingegen Wertänderungen bei Vermögenswerten aus der Kategorie „available-for-sale“ erfolgsneutral in einer Neubewertungsrücklage im Eigenkapital berücksichtigt werden¹¹⁴.

Finanzielle Verbindlichkeiten können, soweit es sich um Finanzinstrumente des Handelsbestands oder um Verbindlichkeiten handelt, die freiwillig zum Fair Value bilanziert werden, nur der ersten Kategorie zugeordnet werden. Alle anderen Verbindlichkeiten werden gesondert erfasst (other financial liabilities) und mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet¹¹⁵.

¹⁰⁷ Ausführlicher in: Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 543.

¹⁰⁸ Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 544.

¹⁰⁹ Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 544.

¹¹⁰ Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 546.

¹¹¹ Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 542; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 143.

¹¹² Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 143.

¹¹³ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 143.

¹¹⁴ Barz/Eckes/Weigel, IFRS für Banken (2008), S. 346; Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung (2008), S. 549.

¹¹⁵ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 152.

III. Implikationen für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Würde bei der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften eine Einzelbewertung nach den in den Abschnitten C.I - C.II aufgeführten Regelungen angewandt, so müsste oftmals ein Verlust ausgewiesen werden, der niemals eintreten wird¹¹⁶. In IAS/IFRS kann es auch vorkommen, dass Gewinne ausgewiesen werden, die nicht bestehen. Um diese Effekte zu verdeutlichen wird die Einzelbewertung auf Fall 1 angewandt.

Der Kaufvertrag ist ein schwebendes Geschäft und als solches grundsätzlich nicht bilanzierungsfähig¹¹⁷. Eine Ausnahme vom Bilanzierungsverbot für schwebende Geschäfte stellen in IFRS die Derivate dar¹¹⁸. Somit ist das Devisentermingeschäft ein Finanzinstrument des Handelsbestandes und als solches nach IAS/IFRS zwingend der Kategorie „financial assets at fair value through profit or loss“ zuzuordnen.

1. Wertsteigerung des Grundgeschäftes

Wenn sich nun gemäß Szenario 1 der Euro-Wechselkurs auf 2,00 USD ändert, würde das dazu führen, dass der Marktwert des Devisentermingeschäftes sinkt¹¹⁹. Diese Marktwertänderung wäre erfolgswirksam zu erfassen. Die gegenläufige Wertänderung der Zahlungsverpflichtung würde hingegen nicht erfasst.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.000	
	Derivat		25.000

Das gleiche Bild ergibt sich nach dem HGB. Die Wertsteigerung des Grundgeschäftes darf aufgrund des Realisationsprinzips nicht erfasst werden¹²⁰. Für den drohenden Verlust aus dem Sicherungsgeschäft, also dem Derivat, muss jedoch eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 HGB gebildet werden.

Am 01.06.2010 wird in Fall 1 der Vertrag erfüllt. Gleichzeitig läuft das Sicherungsgeschäft aus. Da der Kurs sich wieder dem ursprünglichen Kurs angenähert hat, muss in IAS/IFRS der Wert des Derivates an den Fair Value angepasst werden.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Derivat	18.750	
	Sonstige betriebliche Erträge		18.750

Das Termingeschäft wird am 01.06.2010 fällig. Da das Derivat aber immer noch einen negativen Wert hat, entsteht daraus eine Verbindlichkeit¹²¹.

¹¹⁶ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 159 und S. 210; Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S.173; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 770.

¹¹⁷ Zülch/Hendler, Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards (2009), S. 341; Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 354.

¹¹⁸ Zülch/Hendler, Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards (2009), S. 341.

¹¹⁹ Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), 354.

¹²⁰ § 253 Abs. 1 Nr. 4 HGB.

¹²¹ Vgl. Brötzmann, Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbez. (2004), S. 85.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Derivat	6.250	
	Verbindlichkeit		6.250

Gleichzeitig ist der Wareneingang zu buchen. Die Waren sind dabei mit den Anschaffungskosten zu bewerten¹²². Das Unternehmen musste insgesamt 100.000 EUR für die Beschaffung der Waren ausgeben, denn auch die Kosten der Absicherung, die hier 6.250 EUR betragen, müssen berücksichtigt werden¹²³. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Waren und der Verbindlichkeit gegenüber dem Lieferanten wird als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Sonstige betriebliche Erträge		6.250

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Verbindlichkeiten a. LuL.	93.750	
	Bank		93.750

Wie das Beispiel zeigt, gleichen sich die Verluste und Gewinne über die Laufzeit der Sicherungsbeziehung aus. Das Periodenergebnis zeigte am 31.12.2009 einen Aufwand von 25.000 EUR, am Ende der Sicherungsbeziehung entsteht jedoch ein Ertrag von 25.000 EUR. Die Einzelbewertung von Grund- und Sicherungsgeschäft führt also zu einer falschen Periodenabgrenzung¹²⁴.

2. Wertverlust des Grundgeschäftes

Nun soll in Szenario 2 eine Kursänderung des Euros auf 1,20 USD zum 31.12.2009 betrachtet werden. Im Falle eines nun vorliegenden drohenden Verlustes des Grundgeschäftes führt die Bilanzierung zu unterschiedlichen Ergebnissen in IAS/IFRS und HGB. Zunächst soll die Bilanzierung in IAS/IFRS betrachtet werden. Da es sich im konkreten Fall bei dem Grundgeschäft nicht um einen belastenden Vertrag gemäß der Vorschriften in IAS 37.66 handeln dürfte, können keine Rückstellungen gebildet werden¹²⁵. Um die Verpflichtung als belastenden Vertrag zu klassifizieren, müsste diese zu unvermeidbaren Kosten führen, die auch auf dem Absatzmarkt nicht neutralisiert werden können. Das schwebende Grundgeschäft wird also auch in diesem Szenario nicht in der IAS/IFRS-Bilanz erfasst.

¹²² Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse (2009), S. 209; Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S.347.

¹²³ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 779.

¹²⁴ Vgl. Böcking/Löw/Wohlmannstetter in MüKo-HGB § 340e Rn. 86.

¹²⁵ Vgl. Hebestreit/Schrimpf-Dörges in Beck'sches IFRS-Handbuch (2009), § 13 Rn. 104; Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 449.

Das Derivat ist ein Finanzinstrument des Handelsbestandes und wird zum Fair Value bewertet. Die positive Wertänderung des Sicherungsgeschäftes kann also erfolgswirksam gebucht werden.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Derivat	25.000	
	Sonstige Betriebliche Erträge		25.000

In diesem Fall wird also ein Gewinn ausgewiesen, der überhaupt nicht erzielt wurde. Ein anderes Bild ergibt sich in der HGB-Bilanz. Für den drohenden Verlust aus dem schwebenden Grundgeschäft muss im HGB gemäß § 249 Abs. 1 HGB eine Drohverlustrückstellung gebildet werden¹²⁶. Auf eine Abzinsung der Rückstellung wird im vorliegenden Fall verzichtet, weil die Restlaufzeit der Rückstellung weniger als ein Jahr beträgt¹²⁷.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.000	
	Drohverlustrückstellung		25.000

Das zur Absicherung verwendete Derivat stellt im deutschen Handelsrecht auch nur ein schwebendes Geschäft dar¹²⁸. Die positive Wertänderung wird aufgrund des Realisationsprinzips nicht erfasst.

Während nach IAS/IFRS ein nicht existierender Gewinn ausgewiesen wird, führt die Bilanzierung nach HGB zum Ausweis eines nicht existierenden Verlusts.

Zum 01.06.2010 beträgt der Euro-Kurs 1,60 USD und notiert damit sogar höher als am 01.10.2009. Aufgrund der Unterschiede in den Bilanzen des Jahres 2009 in IAS/IFRS und HGB muss nun mit verschiedenen Werten weitergerechnet werden. In IAS/IFRS muss das Derivat weiter mit dem Fair Value bewertet werden. Durch die Verschlechterung des Dollar-Kurses muss das Derivat abgewertet werden.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.250	
	Derivat		31.250

Die gleichzeitig eintretende Wertsteigerung des Grundgeschäftes wird nicht erfasst. Das Derivat hat einen Wert von -6.250 EUR und wird deshalb zum Erfüllungszeitpunkt als Verbindlichkeit erfasst.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Derivat	6.250	
	Verbindlichkeit		6.250

¹²⁶ Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 650.

¹²⁷ Vgl. Kozikowski/Schubert in Beck Bil-Komm., HGB § 253 Rn. 175.

¹²⁸ Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 333.

Der durch das Derivat verursachte Verlust wird ausgeglichen, sobald die Waren eingebucht werden. Die Waren werden wie im vorherigen Szenario wieder mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Verbindlichkeiten gegenüber dem Lieferanten wird als Ertrag verbucht.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Sonstige Betriebliche Erträge		6.250

Insgesamt verursacht die Sicherungsbeziehung in der IFRS Bilanz des Jahres 2010 also einen Aufwand von 25.000 EUR. Somit wird auch hier der falsche Ertrag des vorherigen Geschäftsjahres ausgeglichen.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Verbindlichkeiten a. LuL.	93.750	
	Bank		93.750

Nach dem HGB sind in 2010 andere Buchungen notwendig. In 2009 wurde eine Drohverlustrückstellung für das Grundgeschäft gebildet. Da zum Erfüllungszeitpunkt des Geschäfts kein Verlust droht, muss die Rückstellung erfolgswirksam aufgelöst werden¹²⁹. Die Waren werden auch hier mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Drohverlustrückstellung	25.000	
	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Sonstige Betriebliche Erträge		31.250

Aus dem Termingeschäft entsteht auch in diesem Szenario eine Verbindlichkeit.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Sonstige Betriebliche Aufwendungen	6.250	
	Verbindlichkeiten a. Termingeschäft		6.250

Am Ende des Termingeschäftes steht hier ein Ertrag von 25.000 EUR, der den vorangegangenen Aufwand ausgleicht.

Wie an dem Beispiel deutlich wurde, kann eine Einzelbewertung von Sicherungsbeziehungen zu einer Bilanzierung führen, die nicht der wirtschaftlichen Lage entspricht. Nach einer dem HGB folgenden Einzelbewertung

¹²⁹ Vgl. Reiner/Haußer in MüKo-HGB § 275 HGB Rn. 36.

kann es nur zu einem falschen Verlustausweis kommen. Dieses Ergebnis wäre unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips vielleicht noch vertretbar. Bei einer Bilanzierung nach IAS/IFRS kann es dagegen auch zu einem falschen Gewinnausweis kommen. Daher ist die Notwendigkeit einer speziellen Regelung für Sicherungsbeziehungen in diesem Rechnungslegungsstandard noch dringender geboten¹³⁰.

Die Bilanzierung des in Fall 2 dargestellten Sachverhalts verläuft ähnlich zu Fall 1. Jedoch kann der geplante Aktienkauf weder nach HGB noch nach IAS/IFRS in der Bilanz berücksichtigt werden. Es ist also lediglich die Wertentwicklung des DAX-Futures zu bilanzieren. Das Future ist, synchron zu dem Devisentermingeschäft aus Fall 1, im HGB als schwebendes Geschäft und in IAS/IFRS zum Fair Value zu bilanzieren¹³¹.

3. Gründe der falschen Darstellung

Sowohl in IFRS als auch im HGB führt die Einzelabbildung von Grund- und Sicherungsgeschäft oft zu Auswirkungen auf die Bilanz, die nicht der tatsächlichen Lage entsprechen. Solche Effekte werden dadurch hervorgerufen, dass Grund- und Sicherungsgeschäft unterschiedlich bilanziert werden und deshalb die sich real ausgleichenden Wertänderungen nicht zu einem Ausgleich innerhalb der Bilanz führen. Wie in Fall 1 gezeigt, kann die Ursache hierfür darin liegen, dass eines der Grundgeschäfte überhaupt nicht bilanziert werden darf. Oft ist die Ursache aber ein unterschiedlicher Wertmaßstab bei beiden Geschäften. In IFRS resultiert dieser unterschiedliche Maßstab aus dem Mixed-Model-Ansatz, also der unterschiedlichen Bewertung verschiedener Formen von Finanzinstrumenten. Die oft als Sicherungsgeschäft verwendeten Derivate sind stets der Kategorie „at fair value“ zuzuordnen und als solche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Marktpreisänderungen haben hier also stets einen Einfluss auf Bilanz und GuV. Wenn das Grundgeschäft zu einer Kategorie gehört, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, haben Marktpreisänderungen des Grundgeschäftes keinen Einfluss auf Bilanz oder GuV. Außerdem ist es möglich, dass entweder das Grund- oder das Sicherungsgeschäft in die Kategorie available for sale fallen und somit zwar einen Einfluss auf die Bilanz haben, nicht aber auf die GuV. Somit ist in IFRS ein Ausgleich der gegensätzlichen Wertänderungen immer genau dann nicht gegeben, wenn eine Position, die zum Fair Value bewertet wird, mit einer anderen Position, die nicht zum Fair Value bewertet wird, eine Sicherungsbeziehung bildet¹³².

In IFRS existiert getrennt von den Sonderregeln für das Hedge-Accounting, auf die im weiteren Verlauf der Arbeit eingegangen wird, mit der Fair Value Option eine weitere Möglichkeit, einen Ausgleich zwischen beiden Geschäften abzubilden¹³³. Die Fair Value Option erlaubt es unter bestimmten Voraussetzungen¹³⁴ jedes Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Um diese Option nutzen zu können, müssen die jeweiligen Finanzinstrumente bereits zum Zugangszeitpunkt der Kategorie „at fair value“ zugeordnet werden¹³⁵. Die Möglichkeit später auf eine Fair Value Bewertung zu wechseln um einen ggf. neu entstanden Sicherungszusammenhang abzubilden, besteht nicht¹³⁶.

Auch im HGB führt eine strenge Einzelbewertung oft dazu, dass Grund- und Sicherungsgeschäft mit unterschiedlichen Werten in die Bilanz einfließen, obwohl sie sich eigentlich ausgleichen. Im HGB resultieren diese

¹³⁰ Allerdings können ähnliche Effekte auch durch die Fair Value Option erzielt werden. Vgl. Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 212.

¹³¹ Vgl. Conenberg/Haller/Schulze 2009 S. 282.

¹³² Vgl. Eckes/Barz/Bäthe-Guski/Weigel, *Die Bank* 2004, 416, 416.

¹³³ Wagenhofer, *Internationale Rechnungslegungsstandards* (2009), S. 348.

¹³⁴ Ausführlicher in: Barz/Eckes/Weigel, *IFRS für Banken* (2008), S. 299.

¹³⁵ Barz/Eckes/Weigel, *IFRS für Banken* (2008), S. 299; Wagenhofer, *Internationale Rechnungslegungsstandards* (2009), S. 348.

¹³⁶ Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 212.

Unterschiede nicht aus verschiedenen Bewertungskategorien, sondern aus dem Imparitätsprinzip. Während eine positive Wertänderung als unrealisierter Gewinn gilt, der nicht ausgewiesen werden darf, ist eine negative Änderung aufgrund des Verlustantizipationsprinzips auszuweisen¹³⁷. Falls es sich bei dem Sicherungsinstrument um ein Derivat handelt, so ist bei einer negativen Entwicklung eine Drohverlustrückstellung zu bilden, eine positive Entwicklung hat dagegen keine Auswirkung auf das Derivat. Hier wird ein Unterschied zwischen der Bilanzierung nach HGB und IFRS deutlich. In IFRS werden Derivate zum Fair Value bewertet und haben dabei sowohl bei Wertsteigerungen als auch bei Wertverlusten einen Einfluss auf Bilanz und GuV¹³⁸. Im HGB hingegen können nur negative Wertänderungen des Derivats einen Einfluss auf die Bilanzierung haben¹³⁹.

Nach dem HGB führt die Einzelbewertung somit unabhängig davon, ob die negative Wertänderung im Grund oder im Sicherungsgeschäft stattfindet, zu einem Verlustausweis, der erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen wird¹⁴⁰. Bei einer Wertsteigerung des Grundgeschäftes und einer damit einhergehenden Wertminderung des Sicherungsgeschäftes erleidet der sichernde Unternehmer einen Nachteil gegenüber einem, der auf den Abschluss eines Sicherungsgeschäftes verzichtet. Um solche Anomalien zu vermeiden sind spezielle Regelungen für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (engl. hedge accounting) notwendig.

¹³⁷ Es sei denn, es handelt sich um einen Vermögensgegenstand des Anlagevermögens dessen Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Vgl. Thiel/Lüdtke-Handjery, Bilanzrecht (2005), § 4 Rn. 367.

¹³⁸ Vgl. Flintrop in Beck'sches IFRS-Handbuch (2009), § 23 Rn. 35.

¹³⁹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 108.

¹⁴⁰ Böcking/Löw/Wohlmannstetter in MüKo-HGB § 340e Rn. 86.

D. Die Bildung von Bewertungseinheiten nach HGB und IAS/IFRS

Erst durch die Bildung von Bewertungseinheiten, also die zusammengefasste Bilanzierung von Grund- und Sicherungsgeschäft, entsteht eine Bilanz die einem True and Fair View entspricht¹⁴¹. IAS 39 regelt hauptsächlich in den Paragraphen 71 – 102, wie Sicherungsgeschäfte zu bilanzieren sind. Im HGB war lange keine spezielle Regelung vorhanden, dennoch war die Bildung von sogenannten kompensatorischen Bewertungseinheiten zur Abbildung von Sicherungszusammenhängen üblich¹⁴². Dass Bewertungseinheiten in deutschen Bilanzen bereits vor dem BilMoG üblich waren, wird auch in § 5 Abs. 1a S. 2 EStG deutlich, denn das Steuerrecht verwies bereits auf die nach handelsrechtlicher Rechnungslegung gebildeten Bewertungseinheiten, bevor diese im HGB spezifiziert waren.

I. Arten

IAS 39 unterscheidet drei Arten von Sicherungsbeziehungen: den Fair Value-Hedge, den Cashflow-Hedge und den Hedge of a net investment in a foreign operation. Wobei der letzt genannte lediglich die Vorschriften des IAS 21 erweitert und ähnlich wie ein Cashflow-Hedge zu behandeln ist¹⁴³. Auch in § 254 HGB wird zwischen der Absicherung von Wertänderungen (Fair Value-Hedge) und der Absicherung von Zahlungsströmen (Cashflow-Hedge) unterschieden.

1. Fair Value-Hedge

Ein Fair Value-Hedge dient zur Absicherung eines bilanzierten Vermögenswertes, einer bilanzierten Verbindlichkeit oder einer nicht bilanzierbaren Verpflichtung gegen Änderungen des beizulegenden Zeitwertes¹⁴⁴. Nach der IAS Definition müssen die Änderungen des Fair Values auf ein bestimmtes Risiko zurückzuführen sein, welches Auswirkungen auf den Gewinn oder Verlust haben könnte¹⁴⁵.

Ein typisches Beispiel für einen Fair Value-Hedge ist die Absicherung einer fest verzinslichen Forderung bzw. Verbindlichkeit gegen Änderungen des Marktzinses. Aber auch das in Fall 1 angeführte Beispiel kann als Fair Value-Hedge bilanziert werden, da es sich hier um eine verbindliche Zusage handelt, welche Wertschwankungen unterliegt¹⁴⁶. Für diesen speziellen Fall in dem das Währungsrisiko einer festen Verbindlichkeit abgesichert wird, besteht nach IAS 39 ein Wahlrecht, ob ein Fair Value-Hedge oder ein Cashflow-Hedge gebildet wird¹⁴⁷. Der in Fall 2 dargestellte Sachverhalt ist hingegen kein Fair Value-Hedge, da es sich bei der angesprochenen Kaufabsicht für Wertpapiere nicht um einen Vermögenswert, eine Verbindlichkeit oder eine Verpflichtung handelt.

¹⁴¹ Schmidt, BB 2009, 882, 883.

¹⁴² Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 175.

¹⁴³ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 356.

¹⁴⁴ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 355.

¹⁴⁵ IAS 39.86(a).

¹⁴⁶ Vgl. Wagenhofer, Internationale Rechnungslegungsstandards (2009), S. 352.

¹⁴⁷ IAS 39.87.

2. Cashflow-Hedge

Ein Cashflow-Hedge wird zur Absicherung von Cashflow-Schwankungen eingesetzt¹⁴⁸. Das Ziel liegt wiederum in der Absicherung von finanziellen Risiken, jedoch beziehen sich die Risiken bei dieser Form der Absicherung nicht direkt auf Wertänderungen des Grundgeschäfts, sondern auf die mit dem Grundgeschäft verbundenen Zahlungsströme¹⁴⁹. Als Grundgeschäfte können bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie geplante, hochwahrscheinliche zukünftige Transaktionen eingesetzt werden.

Die Absicherung eines variabel verzinslichen Darlehens durch einen Zinsswap, durch den variabel Zinszahlungen gegen feste Zinszahlungen getauscht werden, ist ein typisches Beispiel für einen Cashflow-Hedge¹⁵⁰. Für Fall 1 besteht wie gesagt nach IAS 39.87 die Option diesen als Cashflow-Hedge zu bilanzieren. Auch Fall 2 könnte unter diesen Sicherungstyp fallen, soweit es sich bei dem geplanten Wertpapierkauf um eine hochwahrscheinliche zukünftige Transaktion handelt¹⁵¹. Jedoch wird nicht weiter ausgeführt, welche Sachverhalte als hochwahrscheinlich anzusehen sind¹⁵².

3. Net Investment-Hedge

Die Absicherung einer Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbständige Teileinheit im Ausland gemäß IAS 21 ist eine weitere in IAS 39 genannte Art von Sicherungsbeziehungen¹⁵³. Die Nettoinvestition in eine wirtschaftlich selbstständige Teileinheit wird dabei als der Anteil des berichtenden Unternehmens am Nettovermögen der Teileinheit (bzw. Gesellschaft) definiert¹⁵⁴. Die Bilanzierung in solchen Fällen entspricht weitestgehend der Bilanzierung bei Cashflow-Hedges¹⁵⁵.

II. Grundgeschäfte

Als sicherbare Grundgeschäfte (hedged items) nennt IAS 39 bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie nicht bilanzwirksame feste Verpflichtungen. Bei diesen Positionen muss es sich nicht um finanzielle Posten handeln. Bei Cashflow-Hedges kommen auch mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende Geschäftsvorfälle als Grundgeschäft in Frage. Außerdem können Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb ein Grundgeschäft darstellen. Um einen Bilanzposten als Grundgeschäft zu verwenden ist es notwendig, dass dieser Risiken enthält, die Einfluss auf das Geschäftsergebnis haben¹⁵⁶.

In § 254 HGB werden Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen als sicherbare Grundgeschäfte genannt. Das HGB folgt hinsichtlich der Zulässigkeit der Grundgeschäfte den Vorschriften aus IAS 39 fast wörtlich¹⁵⁷. Vor dem BilMoG haben viele Autoren die Ansicht vertreten, dass antizipative Hedges unzulässig sind und erwartete Geschäftsvorfälle somit nicht si-

¹⁴⁸ Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 214; Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 356.

¹⁴⁹ Barz/Eckes/Weigel, *IFRS für Banken* (2008), S. 500; Wagenhofer, *Internationale Rechnungslegungsstandards* (2009), S. 355.

¹⁵⁰ Wagenhofer, *Internationale Rechnungslegungsstandards* (2009), S. 354.

¹⁵¹ Wagenhofer, *Internationale Rechnungslegungsstandards* (2009), S. 355.

¹⁵² Mehr dazu in Abschnitt D.II.

¹⁵³ IAS 39.86; Baetge/Kirsch/Thiele, *Bilanzen* (2009), S. 656; Barz/Eckes/Weigel, *IFRS für Banken* (2008), S. 500.

¹⁵⁴ Vgl. IAS 21.8.

¹⁵⁵ Auf diese spezielle Form von Sicherungsbeziehungen wird hier nicht weiter eingegangen. Vgl.: IAS 39.102.

¹⁵⁶ Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 377.

¹⁵⁷ Schmidt, *BB* 2009, 882, 883.

cherungsfähig sind¹⁵⁸. Diese Auffassung muss nun aufgegeben werden. Was unter mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Positionen zu verstehen ist, wird in der Gesetzesbegründung näher erläutert¹⁵⁹. Die Eintrittswahrscheinlichkeit muss so hoch sein, dass allenfalls außergewöhnliche Umstände außerhalb des Einflussbereichs des Unternehmens dem Abschluss der Transaktion entgegenstehen¹⁶⁰. Zur Feststellung, ob eine antizipative Bewertungseinheit gebildet werden darf, sind auch die vorhergesagten Transaktionen aus der Vergangenheit zu betrachten¹⁶¹. Wurden prognostizierte Geschäfte nicht ausgeführt, so ergeben sich dadurch Zweifel für zukünftige Prognosen¹⁶². Eine angemessene Dokumentation soll die Nachvollziehbarkeit der Sicherungsbeziehungen sicherstellen¹⁶³.

Für Fall 2 ist es fraglich ob die Transaktion hoch wahrscheinlich ist. Wenn man davon ausgeht, dass ähnliche Transaktionen in der Vergangenheit tatsächlich durchgeführt wurden und auch eine angemessene Dokumentation vorliegt, bleibt die Prüfung, ob lediglich außergewöhnliche Umstände die Transaktion verhindern können. Dies ist zu verneinen, da das Unternehmen einfach auf den Wertpapierkauf verzichten könnte. Der geplante Wertpapierkauf stellt somit kein sicherbares Grundgeschäft dar. Dennoch ist fraglich, welche wahrscheinlichen Transaktionen in die Bewertungseinheit einbezogen werden können¹⁶⁴. Häufig wird eine geplante Beschaffung von notwendigen Produktionsmitteln als Beispiel angegeben¹⁶⁵. Aufgrund einer fehlenden Objektivierbarkeit tragen antizipative Bewertungseinheiten sowohl im HGB- als auch im IAS/IFRS-Abschluss ein erhebliches Manipulationspotential in sich¹⁶⁶.

III. Sicherungsinstrumente

Als Sicherungsinstrumente sind nach IAS 39.72 grundsätzlich nur Derivate zugelassen. Nicht-derivate finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten können nur dann als Sicherungsinstrumente herangezogen werden, wenn sie zur Absicherung von Währungsrisiken dienen¹⁶⁷. Eine Ausnahme besteht für geschriebene Optionen. Diese sind beim Stillhalter nicht zur Sicherung erlaubt, da dieser keinen Einfluss auf die Vertragserfüllung hat¹⁶⁸.

Es ist nicht nötig, dass das Sicherungsinstrument erst zum Zweck der Absicherung erworben wird. Auch bereits im Unternehmen befindliche Derivate können als Sicherungsinstrument eingesetzt werden. Jedoch besteht die Bewertungseinheit erst ab dem Zeitpunkt, ab dem das Derivat als Sicherungsinstrument designiert wird¹⁶⁹. Eine rückwirkende Sicherung ist nicht möglich.

¹⁵⁸ Vgl. Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 176; Hayn/Waldersee/Benzel, *HGB, HGB-BilMoG, Steuerbilanz im Vergleich* (2009), S. 118.

¹⁵⁹ Vgl. Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 58.

¹⁶⁰ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 58; Baetge/Kirsch/Thiele, *Bilanzen* (2009), S. 651.

¹⁶¹ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 58.

¹⁶² Vgl. Schmidt, *BB* 2009, 882, 883.

¹⁶³ Vgl. Schmidt, *BB* 2009, 882, 883.

¹⁶⁴ Kraft/Bischoff, *Zur Problematik von Bewertungseinheiten* (2008), S. 182.

¹⁶⁵ Vgl. Schmidt, *BB* 2009, 882, 883; Kraft/Bischoff, *Zur Problematik von Bewertungseinheiten* (2008), S. 181.

¹⁶⁶ Vgl. Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 216.

¹⁶⁷ IAS 39.72; Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 358; Barz/Eckes/Weigel, *IFRS für Banken* (2008), S. 504.

¹⁶⁸ IAS 39.AG94; Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 358; Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 222.

¹⁶⁹ Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 358.

Die Möglichkeit, den Fair Value zuverlässig zu ermitteln, ist Voraussetzung, um ein Derivat als Sicherungsinstrument einzusetzen¹⁷⁰. Besteht diese Möglichkeit nicht, so darf das Derivat nicht in eine Sicherungsbeziehung einbezogen werden.¹⁷¹ Dies gilt z.B. für Derivate, die sich auf nicht notierte Eigenkapitalinstrumente beziehen¹⁷². Insbesondere können Derivate auf eigene Eigenkapitalinstrumente nicht zur Sicherung verwendet werden¹⁷³.

Interne Geschäfte können grundsätzlich nicht als Sicherungsinstrumente dienen, da nach IAS 39.73 nur solche Finanzinstrumente als Sicherungsinstrument designiert werden können, an denen eine nicht zum Unternehmen gehörende externe Partei involviert ist¹⁷⁴.

Gemäß §254 Abs. 1 S. 1 HGB sind im deutschen Bilanzrecht ausschließlich Finanzinstrumente als Sicherungsinstrument zugelassen. Somit geht der Kreis der erlaubten Sicherungsinstrumente über die Vorschriften aus IAS 39 hinaus. In der Begründung zum BilMoG wird darauf hingewiesen, dass eine Beschränkung auf Derivate nicht angebracht ist, da für die Absicherung von Währungsrisiken regelmäßig andere Finanzinstrumente eingesetzt werden¹⁷⁵. Aus dieser Feststellung kann man schließen, dass der Gesetzgeber keine Abweichung, sondern eine Annäherung an die IFRS in dieser Frage beabsichtigt. Ob auch außerhalb von Währungsrisiken nicht-derivate Finanzinstrumente verwendet werden können, ist zumindest fraglich. Da der Gesetzgeber eine Anpassung an die geltende Praxis bezweckt, diese jedoch durch IAS 39 geprägt ist, sollten Bilanzierende in einem solchen Fall eher auf die Verwendung originärer Finanzinstrumente verzichten. In § 254 Satz 2 HGB wird erläutert, dass unter die zulässigen Finanzinstrumente auch Warentermingeschäfte fallen. Dadurch sind als Sicherungsinstrumente nicht nur solche Derivate erlaubt, deren Basiswert ein Finanzinstrument ist, sondern auch solche, die sich auf den Erwerb von Waren beziehen¹⁷⁶. Auch diese Auffassung steht im Einklang mit IAS 39¹⁷⁷.

IV. Voraussetzungen

Auch bei den formalen und materiellen Voraussetzungen für die Bildung von Bewertungseinheiten, sind zwischen HGB und IAS 39 keine Unterschiede festzustellen. Es werden in der Literatur drei Anforderungen genannt, die eine Bewertungseinheit in beiden Rechnungslegungswelten erfüllen muss¹⁷⁸.

1. Vorliegen vergleichbarer Risiken

Um Grund- und Sicherungsgeschäft zusammenschließen zu können, muss eine hohe Effektivität der Sicherungsbeziehung zu erwarten sein¹⁷⁹. Diese Effektivität sollte ihre Ursache in den sich ausgleichenden Risiken beider Geschäfte haben. In der Literatur hat sich hierzu der Begriff „prospektive Effektivität“ etabliert.

¹⁷⁰ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 358.

¹⁷¹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 223.

¹⁷² Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 358.

¹⁷³ IAS 39.AG97; vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 223.

¹⁷⁴ IAS 39.73; vgl. Barz/Eckes/Weigel, IFRS für Banken (2008), S. 503.

¹⁷⁵ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S.58.

¹⁷⁶ Vgl. Schmidt, BB 2009, 882, 884..

¹⁷⁷ Vgl. Schmidt, BB 2009, 882, 884.

¹⁷⁸ Vgl. für HGB: Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 651; Schmidt, BB 2009, 882, 885;

Vgl. für IFRS: Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 406; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 230.

Mit welchem Verfahren zu messen ist, ob die Geschäfte einem vergleichbaren Risiko unterliegen, das zu gegenläufigen Wertänderungen führt, wird in beiden Standards nicht explizit festgelegt. In IAS 39 werden jedoch der Vergleich bisheriger Wertänderungen oder eine statistische Messung der Korrelation als Möglichkeiten für einen Effektivitätstest genannt¹⁸⁰. In Fall 2 bestand zum Zeitpunkt, an dem die Sicherungsbeziehung abgeschlossen wurde, eine hohe Korrelation zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft, wie die Kursverläufe in Abbildung 1 zeigen.

2. Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung muss nicht nur zu erwarten sein, es ist zusätzlich erforderlich, dass die Sicherungsbeziehung für jede Berichtsperiode nachträglich überprüft und als hoch wirksam eingestuft wird¹⁸¹. Hierbei wird auch von „retrospektiver Effektivität“ gesprochen¹⁸². Um die Wirksamkeit retrospektiv festzustellen, werden die eingetretenen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft miteinander verglichen. Dies setzt insbesondere voraus, dass sich die beizulegenden Zeitwerte beider Geschäfte verlässlich bestimmen lassen¹⁸³. Zum Nachweis der Effektivität wird in beiden Rechnungslegungswelten häufig die Dollar offset-Methode verwendet¹⁸⁴. Bei dieser Methode wird zu jedem Bilanzstichtag die Effektivitätskennzahl als Verhältnis der Fair Values von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmt. Weil die Dollar offset-Methode sehr empfindlich auf kurzfristige Fair Value Schwankungen reagiert und deshalb dazu führen kann, dass bereits kleine Abweichungen des Fair Values eine Ineffektivität signalisieren, wird häufig auf statistische Verfahren zurückgegriffen, welche die Effektivität anhand eines langfristigen Trends messen¹⁸⁵. Statistische Verfahren, wie die Regressionsanalyse geben lediglich an, ob die Sicherungsbeziehung noch den Effektivitätsanforderungen genügt. Um einen konkreten Wert für den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung zu bestimmen, muss die Dollar offset-Methode verwendet werden¹⁸⁶.

Das Verhältnis der Wertänderungen muss gemäß IAS 39.105(b) zwischen 80% und 125% liegen. Wenn beispielsweise das Grundgeschäft für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 120 EUR und das Sicherungsgeschäft einen Gewinn von 100 EUR aufweist, ergibt sich eine Effektivitätskennzahl von $100/120 = 83\%$ (bzw. $120/100 = 120\%$), die Sicherung war also wirksam. Im deutschen Handelsrecht ist diese konkrete Grenze nicht vorgeschrieben. Die Literatur orientiert sich dennoch an der 80/125 Regel, wobei mitunter die Auffassung vertreten wird, dass Abweichungen durchaus zulässig sind.¹⁸⁷

In Fall 1 beträgt die Effektivität 100%, weil sich die beiden Geschäfte perfekt ausgleichen. Diese Effektivität ist jedoch nur durch die Annahme gleicher Zinsniveaus möglich¹⁸⁸. In der Realität dürften perfekte Sicherungsbeziehungen fast nie vorliegen. In Fall 2 kann der Anstieg des Grundgeschäftes am Bilanzstichtag nicht mehr

¹⁷⁹ §254 Abs. 1 S. HGB; IAS 39.88(b); Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 407; Schmidt, BB 2009, 882, 885.

¹⁸⁰ IAS 39.AG 105(a).

¹⁸¹ IAS 39.AG 106.

¹⁸² Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 407.

¹⁸³ IAS 39.88(d).

¹⁸⁴ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 426; Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse (2009), S. 291.

¹⁸⁵ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 426.

¹⁸⁶ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 429.

¹⁸⁷ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 771; Schmidt, BB 2009, 882, 885.

¹⁸⁸ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 773.

durch das Sicherungsgeschäft ausgeglichen werden¹⁸⁹. Im weiteren Verlauf wird angenommen dass die Effektivität 90% beträgt.

3. Dokumentation der Sicherungsabsicht

Neben den oben aufgeführten Bedingungen ist es außerdem notwendig, dass der Bilanzierende die Absicht hat, eine Bewertungseinheit zu bilden. Das bloße Halten von Grund- und Sicherungsgeschäft reicht nicht aus¹⁹⁰. Eine rückwirkende Bildung von Bewertungseinheiten ist dadurch ausgeschlossen. Zudem ist es erforderlich, dass die Sicherungsbeziehung bis zur Erreichung des Absicherungszwecks beibehalten wird¹⁹¹. Um die Sicherungsbeziehung und die mit dieser verbundenen Durchhalteabsicht nachzuweisen, schreiben die IFRS eine umfangreiche Dokumentation vor¹⁹². Im Rahmen dieser Dokumentation sind die Grund- und Sicherungsinstrumente, die Art des Risikos, das Risikomanagement sowie die Methoden, mit denen die Wirksamkeit der Sicherung überprüft wird, zu nennen. Die Dokumentation muss zum Beginn der Sicherungsbeziehung erfolgen. Bei Cash-flow-Hedges ist zusätzlich zu dokumentieren, wie die Sicherungsinstrumente den einzelnen Zahlungsströmen zugeordnet werden¹⁹³.

In § 254 HGB wird eine Dokumentation der Sicherungsbeziehung nicht explizit gefordert. Weil die Rechtsfolgen von § 254 HGB nur eintreten, wenn sich die Risiken tatsächlich ausgleichen, impliziert dies laut Gesetzesbegründung, dass der Risikoausgleich zu messen und zu dokumentieren ist¹⁹⁴. Zudem soll die Dokumentation der missbräuchlichen, also nachträglichen Bildung von Bewertungseinheiten vorbeugen.

In § 285 Nr. 23 HGB sind konkrete Vorschriften zu finden, wie Sicherungsbeziehungen im Anhang oder wahlweise im Lagebericht zu dokumentieren sind. Diese unterscheiden sich kaum von den Anforderungen nach IAS 39.88(a). Es sind die abzusichernden Risiken, die Art der Bewertungseinheit sowie die Messung der Wirksamkeit anzugeben¹⁹⁵. Bei antizipativen Bewertungseinheiten ist zusätzlich die „hohe Wahrscheinlichkeit“ zu erläutern. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass die Vorschriften des § 285 HGB nur für Kapitalgesellschaften gelten. Da auch Nicht-Kapitalgesellschaften das Recht haben, Bewertungseinheiten zu bilden, ergibt sich für diese ein Transparenzproblem¹⁹⁶.

V. Buchungstechnik

Soweit eine Sicherungsbeziehung im HGB Abschluss die obigen Anforderungen erfüllt, so sind als Rechtsfolge die Vorschriften zum Einzelbewertungsgrundsatz, zum Imparitätsprinzip, zum Anschaffungskostenprinzip und zur Bildung von Drohverlustrückstellungen nicht auf Grund- und Sicherungsgeschäft anzuwenden¹⁹⁷.

In IAS 39 richtet sich die Behandlung der Sicherungsbeziehung nach der Art der Absicherung, es ist also entscheidend, ob es sich um einen Fair Value-Hedge, einen Cashflow-Hedge oder die Absicherung einer Nettoin-

¹⁸⁹ Vgl. Abbildung 1.

¹⁹⁰ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 651.

¹⁹¹ Küting/Stampa/Ellmann/Lauer, DST 2009, 715, 721.

¹⁹² IAS 39.88(a).

¹⁹³ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 406.

¹⁹⁴ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 58-

¹⁹⁵ Genauer in: Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 653.

¹⁹⁶ Patek, KoR 2008, 364, 367.

¹⁹⁷ § 254 HGB.

vestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb handelt. Das Resultat ist jedoch in jedem Fall, dass die sich ausgleichenden Wertänderungen auch im Rahmen der Bilanzierung berücksichtigt werden¹⁹⁸.

Prinzipiell können Bewertungseinheiten nach der Einfrierungsmethode oder der Durchbuchungsmethode bilanziert werden¹⁹⁹. Jedoch ist im Rahmen von IAS 39 nur die Durchbuchungsmethode üblich²⁰⁰.

1. Einfrieren

Bei der Einfrierungsmethode wird der wirksame Teil der Sicherungsbeziehung „eingefroren“, also nicht in der Bilanz oder der GuV abgebildet. Die Wertänderungen in Grund- und Sicherungsgeschäft sind dazu in einer Nebenrechnung zu erfassen und zu verrechnen²⁰¹. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung, also der Anteil einer Wertänderung, welcher nicht durch das entgegengesetzte Geschäft kompensiert wird, muss entsprechend den grundsätzlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden behandelt werden²⁰².

Da sich in Fall 1 die Wertentwicklungen der beiden Geschäfte zu 100% ausgleichen, sind unabhängig davon, ob der Dollarkurs steigt oder fällt, am 31.12.2009 keine Buchungen für Grund- und Sicherungsgeschäfte notwendig. Zum Erfüllungszeitpunkt sind die Waren mit dem durch die Absicherung erzielten Preis von 100.000 EUR einzubuchen²⁰³. Aufgrund des gesunkenen Dollar-Kurses muss das Devisentermingeschäft als Verbindlichkeit passiviert werden²⁰⁴.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Verbindlichkeiten a. Termingeschäft		6.250

Die Verbuchung von Fall 2 verläuft prinzipiell analog.²⁰⁵ Jedoch ist der ineffektive Teil der Bewertungseinheit handelsrechtlich nach den Vorschriften aus §§ 249, 253 HGB zu erfassen²⁰⁶. Es müsste also am 31.12.2009 eine Drohverlustrückstellung gebildet werden, weil durch den Kursanstieg der Wertpapiere ein Verlust aus dem Beschaffungsgeschäft droht, der nicht durch das Sicherungsgeschäft ausgeglichen wird²⁰⁷. In IAS 39 wird der ineffektive Teil ebenso wie der effektive Teil stets erfolgswirksam erfasst²⁰⁸. Der drohende Verlust muss also auch nach IAS/IFRS gebucht werden.

¹⁹⁸ Vgl. IAS 39.85.

¹⁹⁹ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 653; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772; Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²⁰⁰ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²⁰¹ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²⁰² Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 653.

²⁰³ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 777.

²⁰⁴ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 780.

²⁰⁵ Voraussetzung ist jedoch die Zulässigkeit der Bewertungseinheit. Vgl. Abschnitte D.II – D.IV.

²⁰⁶ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²⁰⁷ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 777.

²⁰⁸ Vgl. IAS 39.89.

2. Durchbuchen

Die Durchbuchungsmethode erfasst alle Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften vollständig in der Bilanz²⁰⁹. Beide Geschäfte werden dabei stets mit ihrem Fair Value bewertet. Die Wertänderungen der beiden Geschäfte gleichen sich dabei aus. Probleme bei der Anwendung der Durchbuchungsmethode treten auf, wenn das Grundgeschäft eine feste Verpflichtung ist, so wie in Fall 1. In diesem Fall muss die Verpflichtung, die eigentlich ein schwebendes Geschäft darstellt, als Vermögensgegenstand oder Schuld in der Bilanz erfasst werden²¹⁰.

Nachfolgend werden die Buchungen für Szenario 1 dargestellt, in dem der Dollar-Kurs fällt, wodurch der Euro-Wert der Verpflichtung sinkt. Somit muss für die Verpflichtung ein Ertrag gebucht werden. Zu diesem Zweck wird ein künstlicher Aktivposten gebildet.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Aktivposten aus fester Verpflichtung	25.000	
	Sonstige betriebliche Erträge		25.000

Gleichzeitig sinkt der Wert des sichernden Derivats. Hierfür ist ein Aufwand zu buchen.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.000	
	Derivat		25.000

Am 01.06.2010 beträgt der Euro-Wechselkurs 1,60 USD. Dadurch sinkt der Fair Value der Kaufverpflichtung während der Fair Value des Derivats ansteigt.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.750	
	Aktivposten aus fester Verpflichtung		18.750

Datum	Konto	Soll	Haben
31.06.2010	Derivat	18.750	
	Sonstige Betrieblichen Erträge		18.750

Außerdem muss der Wareneingang gebucht und der temporär gebildete Aktivposten aufgelöst werden²¹¹. Zudem entsteht eine Verbindlichkeit aus dem Devisentermingeschäft.

²⁰⁹ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 653; Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²¹⁰ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 775.

²¹¹ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 779.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Aktivposten aus fester Verpflichtung		6.250

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Derivat	6.250	
	Verbindlichkeiten a. Termingeschäft		6.250

Ähnlich ist der Sachverhalt aus Szenario 2 zu verbuchen, in welchem der Dollarkurs steigt. Für das schwebende Beschaffungsgeschäft muss ein Aufwand ausgewiesen werden²¹².

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.000	
	Passivposten aus fester Verpflichtung		25.000

Gleichzeitig wird ein Ertrag für das Devisentermingeschäft gebucht.

Datum	Konto	Soll	Haben
31.12.2009	Derivat	25.000	
	Sonstige betrieblichen Erträge		25.000

Am 01.06.2010 ist der Wechselkurs sogar über den ursprünglichen Kurs gestiegen. Das Tauschverhältnis beträgt 1,60 USD/EUR. Dadurch ist der Fair Value der Kaufverpflichtung gestiegen. Der Passivposten muss vollständig aufgelöst werden und ein Aktivposten muss gebildet werden.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Passivposten aus fester Verpflichtung	25.000	
	Aktivposten aus fester Verpflichtung	6.250	
	Sonstige Betrieblichen Erträge		31.250

Der Fair Value des Derivats wird mit folgender Buchung auf -6.250 EUR angepasst.

²¹² Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 775.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Sonstige Betriebliche Aufwendungen	31.250	
	Derivat		31.250

Nun kann der Wareneingang gebucht und der temporär gebildete Aktivposten aufgelöst werden²¹³. Außerdem entsteht eine Verbindlichkeit aus dem Devisentermingeschäft.

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Waren	100.000	
	Verbindlichkeiten a. LuL.		93.750
	Aktivposten aus fester Verpflichtung		6.250

Datum	Konto	Soll	Haben
01.06.2010	Derivat	6.250	
	Verbindlichkeiten a. Termingeschäft		6.250

Auf die Anwendung der Durchbuchungsmethode auf Fall 2 kann verzichtet werden, da diese analog verläuft.²¹⁴ Jedoch kann nach handelsrechtlicher Bilanzierung nur der effektive Teil der Sicherungsbeziehung erfolgswirksam verbucht werden. Der ineffektive Teil ist in diesem Fall imparitatisch zu behandeln²¹⁵.

3. Die zu verwendende Methode

Nach IAS 39.89 wird bei einem Fair Value-Hedge das Grundgeschäft und das Sicherungsgeschäft erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Probleme, die sich in IAS/IFRS durch die unterschiedlichen Bewertungsvorschriften ergaben, werden dadurch aufgehoben. Bei einer effektiven Absicherung gleichen sich Grund- und Sicherungsgeschäft vollständig innerhalb der GuV aus. Wenn die Absicherung nicht zu 100% effektiv ist, so wird auch der ineffektive Anteil der Wertänderung automatisch in der GuV berücksichtigt²¹⁶.

Bei einem Cashflow-Hedge ist ein anderes Vorgehen notwendig²¹⁷. Der Anteil einer Wertänderung des Sicherungsinstrumentes, der als wirksam ermittelt wurde, wird ohne Berücksichtigung der GuV direkt im Eigenkapital gebucht²¹⁸. Gewinne oder Verluste, die auf den ineffektiven Teil des Sicherungsgeschäftes entfallen, müssen hingegen erfolgswirksam in der GuV gebucht werden. Der im Eigenkapital berücksichtigte Teil des Sicherungsgeschäftes wird erst in der Periode erfolgswirksam umgebucht, in der auch die gesicherten Zahlungsströ-

²¹³ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 779.

²¹⁴ Voraussetzung ist jedoch die Zulässigkeit der Bewertungseinheit. Vgl. Abschnitte D.II – D.IV.

²¹⁵ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²¹⁶ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 448.

²¹⁷ IAS 39.95; Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 240.

²¹⁸ Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 452.

me aktiviert werden²¹⁹. Die Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb erfolgt prinzipiell gleich zu der Methode, die bei einem Cashflow-Hedge verwendet wird²²⁰.

Das oben geschilderte Vorgehen entspricht der Durchbuchungsmethode, der einzigen zulässige Methode in IFRS²²¹. In § 254 HGB wird dagegen nicht bestimmt, welche Methode zu verwenden ist. Vor dem Inkrafttreten des BilMoG war die Einfrierungsmethode die übliche Methode in der deutschen Bilanzpraxis²²². Da der Gesetzgeber bekundet, mit der Neufassung von § 254 HGB, lediglich die übliche Praxis in geltendes Recht überführen zu wollen²²³, könnte dies als Empfehlung für die Einfrierungsmethode verstanden werden²²⁴. Jedoch wird in der Gesetzesbegründung auch erwähnt, dass es den Unternehmen selbst überlassen bleibt, die Bewertungseinheiten „durchzubuchen“ oder „einzufrieren“²²⁵.

Schmidt empfiehlt Unternehmen, die zusätzlich nach IFRS bilanzieren oder die in einen Konzernabschluss einbezogen werden, die Durchbuchungsmethode zu verwenden²²⁶. Diese Methode wird auch als informativer angesehen, da die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung direkt in der Bilanz sichtbar wird und nicht in der Nebenrechnung verdeckt bleibt²²⁷. Jedoch ist dieser Auffassung nicht uneingeschränkt zu folgen, da die international übliche Durchbuchungsmethode für die HGB Rechnungslegung zu modifizieren ist²²⁸. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung ist im deutschen Bilanzrecht stets nach den allgemeinen Vorschriften zu bilanzieren²²⁹. Dies betrifft insbesondere das Imparitätsprinzip. Das bedeutet, dass Verluste die auf den ineffektiven Teil der Sicherung entfallen, erfolgswirksam zu erfassen sind, Gewinne jedoch nicht. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass die Wahl der Methode keinen Einfluss auf das Ergebnis des Jahresabschlusses hat²³⁰, denn auch bei der Einfrierungsmethode wird der ineffektive Teil nach den allgemeinen Vorschriften erfasst²³¹. Diese notwendige Modifikation führt jedoch dazu, dass die Durchbuchungsmethode nach deutschem Recht nur in einigen Fällen mit der internationalen Durchbuchungsmethode korrespondiert.

Auch wenn die Zulässigkeit der Durchbuchungsmethode im deutschen Bilanzrecht lange umstritten war²³², so hat sich doch mittlerweile die Meinung durchgesetzt, dass es sich um eine zulässige Methode handelt²³³. Die vom Bilanzierenden verwendete Methode ist jedoch unter Beachtung des Stetigkeitsgrundsatzes in sachlicher und zeitlicher Hinsicht beizubehalten²³⁴. Dennoch bleiben einige Fragen bezüglich der Bilanzierung offen. Es ist unklar, ob schwebende Geschäfte und antizipative Absicherungen auch mit der Durchbuchungsmethode bilan-

²¹⁹ Schwarz, *Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting* (2006), S. 242; Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 452.

²²⁰ IAS 39.102; Baetge/Kirsch/Thiele, *Bilanzen* (2009), S. 656; Kuhn/Scharpf, *Rechnungslegung von Financial Instruments* (2006), S. 457.

²²¹ Schmidt, BB 2009, 882, 886; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²²² Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²²³ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 57.

²²⁴ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²²⁵ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 95.

²²⁶ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²²⁷ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²²⁸ Vgl. Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²²⁹ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²³⁰ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²³¹ Vgl. Abschnitt D.V.1.

²³² Patek, KoR 2008, 524, 529; Scharpf/Schaber KoR 2008 S. 538.

²³³ Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 773; Baetge/Kirsch/Thiele, *Bilanzen* (2009), S. 653; Schmidt, BB 2009, 882, 886; Petersen/Zwirner/Künkele, *DB Beilage* 2009, 1, 9; Kraft/Bischoff, *Zur Problematik von Bewertungseinheiten* (2008), S. 188.

²³⁴ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

ziert werden dürfen²³⁵. Beispielsweise ist ungeklärt, ob eine feste Verpflichtung, wie in Abschnitt D.V.2 gezeigt, als Vermögensgegenstand oder Schuld bilanziert werden darf, da hierfür keine gesetzliche Regelung im HGB existiert²³⁶. Insbesondere bei einer antizipativen Absicherung, wie sie in Fall 2 vorliegt, wird aufgrund des Fehlens eines bilanzierungsfähigen Postens, eher die Einfrierungsmethode empfohlen²³⁷.

VI. Bewertungseinheiten als Gestaltungsinstrument

1. Entwicklung Stiller Reserven / Stiller Lasten

Die Bildung von Bewertungseinheiten soll dazu führen, dass die wahre Situation der Sicherungsbeziehung korrekt dargestellt wird²³⁸. Um diese korrekte Darstellung zu erzielen, werden die einzelnen Geschäfte zu ihrem jeweiligen Fair Value abgebildet²³⁹. Auch die Anwendung der Einfrierungsmethode führt zu einer Fair Value Darstellung beider Geschäfte, auch wenn sich diese nicht in Buchungssätzen niederschlägt²⁴⁰. Insgesamt wird somit der Fair Value der Sicherungsbeziehung dargestellt. Grundsätzlich soll eine Fair Value Bewertung eine Entstehung von stillen Reserven und stillen Lasten unmöglich machen oder zumindest erschweren, weil Bilanzpositionen mit ihrem wahren Wert erfasst werden²⁴¹. Stille Reserven sind dabei definiert als die Differenz zwischen dem bilanzierten Wert eines Vermögensgegenstandes und dessen wahren Wert²⁴². Nach der Definition des IASB ist der Fair Value der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte²⁴³. Diese Definition scheint auf den ersten Blick klar, jedoch ist die Bestimmung dieses Wertes in der Realität häufig schwieriger als es scheint. Um einen korrekten Fair Value ermitteln zu können ist es notwendig, auf Marktwerte zurückgreifen zu können²⁴⁴. Für viele Vermögensgegenstände und auch für schwebende Geschäfte sind solche Marktpreise oftmals nicht oder nur eingeschränkt vorhanden. In solchen Fällen sehen die internationalen Rechnungslegungsstandards vor, dass der Bilanzierende auf Hilfwerte zurückgreift²⁴⁵. Zur Bestimmung dieser Hilfwerte soll auf verlässliche Schätzverfahren zurückgegriffen werden²⁴⁶. Welche Verfahren in bestimmten Fällen anzuwenden sind, bleibt dem Bilanzierenden überlassen. Um einen Wert zu erhalten, der sich unter normalen Geschäftsbedingungen ergeben hätte, kann auf zurückliegende Geschäftsvorfälle, den Fair Value einer ähnlichen Bilanzposition oder die Methode der Discounted Cash-Flows zurückgegriffen werden²⁴⁷. Aber auch andere Wertmaßstäbe wie beispielsweise die Wiederbeschaffungskosten können angesetzt werden²⁴⁸. Eine Fair Value Bewertung nach den Regeln der IAS/IFRS führt also auch nicht immer zu einer Bilanzierung, die den „wahren Wert“ wiedergibt. Insbesondere in Zeiten turbulenter Märkte, wie der Finanzmarktkrise seit 2007, kann

²³⁵ Vgl. Patek, KoR 2008, 524, 530; Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²³⁶ Für dieses Vorgehen mit Verweis auf IFRS: Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 775; Andere Ansicht: Patek, KoR 2008, 524, 530.

²³⁷ Vgl. Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²³⁸ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 161.

²³⁹ Vgl. Schmidt, BB 2009, 882, 886.

²⁴⁰ Petersen/Zwirner/Künkele, DB Beilage 2009, 1, 9; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 781.

²⁴¹ Vgl. Wagenhofer, IRZ 2006, 31, 33.

²⁴² Vgl. Merkt in Baumbach/Hopt Handelsgesetzbuch 34. Auflage 2010 HGB § 252 Rn. 13.

²⁴³ Vgl. IAS 39.9.

²⁴⁴ Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 223.

²⁴⁵ IAS 39.A74; Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 223; Küting/Reuter, BB 2005, 706, 707.

²⁴⁶ IAS 39.A74.

²⁴⁷ IAS 39.A74; Vgl. Gilgenberg/Weiss, KoR 2009, 182, 182.

²⁴⁸ Küting/Reuter, BB 2005, 706, 707.

es vorkommen, dass Bilanzpositionen - vor allem Finanzinstrumente - nicht mehr korrekt bewertet werden können²⁴⁹. Mögliche Fehler bei der Fair Value Bestimmung haben direkte Auswirkungen auf das Hedge Accounting. Wenn der bilanzierte Fair Value des Grund- oder des Sicherungsgeschäftes nicht dessen wahren Wert darstellt, so hat diese einen Einfluss auf die Effektivitätsmessung der Bewertungseinheit. Wie bereits dargestellt, erfolgt die Bestimmung des ineffektiven Teils der Sicherungsbeziehung sowohl nach HGB als auch nach IAS 39 durch einen Fair Value Vergleich beider Geschäfte²⁵⁰. Dieser ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung ist im HGB imparitatisch und in IAS/IFRS erfolgswirksam zu erfassen²⁵¹. Wenn der festgestellte Fair Value von Grund- oder Sicherungsgeschäft nicht dessen wahren Wert darstellt und deshalb für den ineffektiven Teil ein Aufwand gebucht werden muss, führt dies zu einer stillen Reserve in der Bewertungseinheit. Stille Reserven bzw. stille Lasten können auch bereits bei der Bildung von Bewertungseinheiten entstehen, wenn die Buchwerte am Tag der Absicherung nicht den wahren Werten entsprechen. Der Bilanzierende hat im Falle von nicht vorhandenen Marktpreisen einen erheblichen Spielraum, welche Bewertungsverfahren er zur Bestimmung des Fair Values verwendet und kann so die Bildung von stillen Reserven beeinflussen²⁵². Die angesprochene Problematik ist keine Besonderheit von Bewertungseinheiten, sondern ein grundsätzliches Problem der Fair Value Bewertung, das lediglich auf das Hedge Accounting abfärbt.

2. Wahlrecht oder Gebot

Das oben beschriebene Wahlrecht erlaubt eine Gestaltung, falls kein aktiver Markt vorliegt, und auch dann nur in einem sehr engen Rahmen, da der Fair Value nicht beliebig gewählt werden kann. Eine andere Gestaltung betrifft die Entscheidung des Bilanzierenden, eine Bewertungseinheit zu bilden oder dies zu unterlassen.

Hier stellt sich zunächst die Frage, ob die jeweiligen Standards ein Wahlrecht oder ein Gebot für die Bildung von Bewertungseinheiten vorsehen. Gemäß IAS 39.71 sind die Hedge Accounting Regelungen dann anzuwenden, wenn zwischen einem Sicherungs- und einem Grundgeschäft eine designierte Sicherungsbeziehung besteht²⁵³. Die Formulierungen im HGB sind ähnlich und bestimmen, dass die sonst geltenden Vorschriften zur imparitatischen Einzelbewertung nicht anzuwenden sind, falls Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zusammengefasst werden²⁵⁴. Beide Standards überlassen es somit den Unternehmen, ob sie eine Sicherungsbeziehung designieren²⁵⁵. Wie bereits deutlich wurde, führt der Verzicht auf die Bildung einer Bewertungseinheit zu einem Bild, das häufig nicht der tatsächlichen Lage des Unternehmens entspricht²⁵⁶. Daher muss eigentlich sowohl im HGB als auch in IAS/IFRS von einem Gebot und nicht von einem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten ausgegangen werden²⁵⁷. In den internationalen Standards ergibt sich das Gebot aus dem True and Fair View Prinzip²⁵⁸. Auch im Handelsrecht ergibt sich ein Gebot, weil andernfalls der Einzelbewertungsgrundsatz zweckentfremdet werden kann, um ein Bild zu erzielen das nicht der tatsächlichen Lage entspricht²⁵⁹. Auch das Prinzip der Unternehmensfort-

²⁴⁹ Gilgenberg/Weiss, KoR 2009, 182, 182.

²⁵⁰ Siehe Abschnitt D.IV.2; Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 429.

²⁵¹ Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 429; Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 772.

²⁵² Küting/Reuter, BB 2005, 706, 712.

²⁵³ IAS 39.71; Vgl. Kuhn/Scharpf, Rechnungslegung von Financial Instruments (2006), S. 354.

²⁵⁴ § 254 HGB S. 1; Vgl. Kraf/Bischoff S. 186.

²⁵⁵ Vgl. Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 158.

²⁵⁶ Vgl. Abschnitt C.III.

²⁵⁷ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 182; Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 651.

²⁵⁸ Vgl. Abschnitt C.II.1.

²⁵⁹ Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 182.

führung gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB spricht für ein Gebot zur kompensatorischen Bewertung²⁶⁰. Denn eine strenge Auslegung des Einzelbewertungsgrundsatzes würde dazu führen, dass die Wirtschaftsgüter mit Werten angesetzt werden, die sich bei Einzelveräußerung bzw. Zerschlagung ergäben.

Beide Rechnungslegungsstandards stellen hohe Anforderungen an die Bildung von Bewertungseinheiten und bieten dem Bilanzierenden somit die Möglichkeit durch Nichterfüllung dieser Anforderungen die Bewertungseinheit nicht bilanzieren zu müssen²⁶¹. Insbesondere das Erfordernis der Dokumentation kann eingehalten oder willentlich verfehlt werden²⁶². Somit entsteht für den Bilanzierenden ein faktisches Wahlrecht zur kompensatorischen Bewertung. Erst bei Erfüllung aller Tatbestandsmerkmale, nämlich der Gleichartigkeit der Risiken, der Wirksamkeit der Absicherung sowie der Dokumentation von Sicherungsbeziehung und Durchhalteabsicht besteht ein Gebot zur Bildung von Bewertungseinheiten²⁶³. Die einzige Möglichkeit den Unternehmen dieses Wahlrecht zu entziehen, bestünde darin vorzuschreiben, dass sämtliche Aktiva und Passiva auf risikoausgleichende Effekte zu untersuchen sind und im Falle einer ausreichenden Risikokompensation eine Bewertungseinheit zu bilden ist²⁶⁴. Aufgrund eines zu hohen Aufwandes dürfte eine solche Pflicht kaum zu rechtfertigen sein.

Insbesondere bei antizipativen Bewertungseinheiten, die lediglich auf geplanten und noch nicht rechtsverbindlichen Geschäften basieren, kann nicht von einem Gebot ausgegangen werden, weil hier schon nicht klar ist, wann die Wahrscheinlichkeit einer Transaktion hoch genug ist, um ein Bewertungseinheit bilden zu dürfen²⁶⁵. Beispielsweise kann in Fall 2 aufgrund einer fehlenden Objektivierbarkeit nicht von einem Gebot ausgegangen werden. In Fall 1 muss, soweit die Anforderungen der Wirksamkeit und Dokumentation erfüllt sind, eine kompensatorische Bewertung vorgenommen werden.

²⁶⁰ Vgl. Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 651.

²⁶¹ Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 186; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 159; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 182.

²⁶² Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 187.

²⁶³ Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 159.

²⁶⁴ Vgl. Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 182.

²⁶⁵ Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 181; Schwarz, Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting (2006), S. 216.

E. Die Bildung von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz

I. Maßgeblichkeit

1. Materielle Maßgeblichkeit

Nach § 5 Abs. 1 Satz 1 EStG ist für die Steuerbilanz das Betriebsvermögen anzusetzen, das nach handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung auszuweisen ist²⁶⁶. Dieser steuerrechtliche Verweis auf die handelsrechtlichen GoB wird als materielle Maßgeblichkeit bezeichnet. Demnach sind die unter Abschnitt C.I.1 aufgeführten GoB auch für die Steuerbilanz maßgeblich. Mit dem BilMoG wurde § 5 Abs. 1 Satz 1 EStG um einen Halbsatz erweitert, der festschreibt, dass im Rahmen eines steuerrechtlichen Wahlrechtes die Bindung an die GoB entfällt. Ob das so zu interpretieren ist, dass steuerliche Wahlrechte unabhängig von den GoB wahrgenommen werden können oder ob dies nur bei „echten“ steuerrechtlichen Wahlrechten gilt, ist umstritten²⁶⁷. Für diese Arbeit ist die Frage auch nicht wichtig, da kein steuerrechtliches Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten existiert. Demnach gelten für Sicherungsgeschäfte grundsätzlich die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

2. Spezielle Maßgeblichkeit nach § 5 Abs. 1a EStG

Zusätzlich zu dem in § 5 Abs. 1 Satz 1 EStG verankerten Maßgeblichkeitsgrundsatz, existiert in § 5 Abs. 1a Satz 2 EStG eine spezielle Maßgeblichkeit für Bewertungseinheiten. Demnach sind die Ergebnisse der in der handelsrechtlichen Rechnungslegung zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken gebildeten Bewertungseinheiten auch für die steuerliche Gewinnermittlung maßgeblich²⁶⁸. Allerdings gilt diese Regelung nur für Gewerbetreibende, die ihren Gewinn nach § 5 Abs. 1 EStG ermitteln. Für den Betriebsvermögensvergleich im Sinne des § 4 Abs. 1 EStG besteht kein Gebot zur Bildung von Bewertungseinheiten²⁶⁹.

Der Gesetzentwurf wurde ursprünglich durch die hessische Landesregierung in den Bundesrat eingebracht. Das Gesetz ist rein fiskalpolitisch motiviert. Ausgangspunkt ist die Ungleichbehandlung von Sicherungsbeziehungen in Handels- und Steuerbilanz bei einem hessischen Kreditinstitut²⁷⁰. Eingeführt wurde die Vorschrift mit dem Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen vom 28.04.2006.

Da § 5 Abs. 1a explizit auf die Ergebnisse der gebildeten Bewertungseinheiten abstellt, handelt es sich um eine Form der formellen Maßgeblichkeit²⁷¹. Somit ist die Sicherungsbeziehung steuerbilanziell mit den gleichen Werten wie in der Handelsbilanz anzusetzen. Lange Zeit war unklar auf welche handelsrechtlichen Bewertungseinheiten diese Regelung abstellt. § 5 Abs. 1a EStG wurde 2006 – also deutlich vor dem BilMoG – eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt waren handelsrechtlich noch keine konkreten Vorschriften zur Bildung von Bewertungseinheiten vorhanden²⁷². Die Bildung von Bewertungseinheiten im handelsrechtlichen Abschluss war zu

²⁶⁶ Weber-Grellet, Bilanzsteuerrecht (2008), S. 39.

²⁶⁷ Vgl. Anzinger/Schleiter, DStR 2010, 395, 395.

²⁶⁸ § 5 Abs. 1a Satz 2 EStG.

²⁶⁹ Prinz/Hick, DStR 2006, 771, 774.

²⁷⁰ Schiffers, DStZ 2006, 400, 400; Coenenberg, Die bilanzielle Behandlung von Handy-Subventionen (2007), S. 69.

²⁷¹ Schiffers, DStZ 2006, 400, 401.

²⁷² Vgl. Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 650.

diesem Zeitpunkt zwar durchaus üblich, aber mit vielen Unsicherheiten versehen²⁷³. Durch die Einführung des BilMoG und den damit verbundenen Einzug des Hedge Accountings in das HGB existiert nun zwar eine handelsrechtliche Vorgabe, diese ist aber, wie bereits gezeigt, sehr vage gehalten.

3. Maßgeblichkeit von IAS/IFRS

Die in der handelsrechtlichen Praxis gebildeten Bewertungseinheiten sind, wie bereits deutlich wurde, stark durch IAS 39 beeinflusst worden. Da die Intention des Gesetzgebers darin lag, mit § 254 HGB die übliche Praxis in geltendes Recht zu überführen, bleibt diese starke Prägung von IAS 39 auch in Zukunft bestehen. Dies wirft die Frage auf, inwieweit Bewertungseinheiten, die unter dem Einfluss von IAS/IFRS gebildet wurden, für die Steuerbilanz maßgeblich sein können.

Der Maßgeblichkeitsgrundsatz des § 5 Abs. 1 S. 1 EStG verweist auf die handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Da die Vorschriften der IAS/IFRS nicht deckungsgleich zu den GoB sind, können sie nicht maßgeblich für die steuerliche Gewinnermittlung sein²⁷⁴. Zudem stellen die IAS/IFRS keinen hinreichend guten Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens dar, ein solcher ist aber notwendig für eine verfassungskonforme Besteuerung²⁷⁵.

§ 5 Abs. 1a EStG verweist nicht auf die GoB sondern lediglich auf die handelsrechtlich gebildeten Bewertungseinheiten. Fraglich ist, ob hiermit auch Sicherungsbeziehungen nach internationalen Rechnungslegungsstandards gemeint sein können. Diese Frage ist zu verneinen, da Bewertungseinheiten nur in der Steuerbilanz berücksichtigt werden können, wenn sie den GoB entsprechen²⁷⁶. Die spezielle Maßgeblichkeit für Bewertungseinheiten bezieht sich also immer auf das HGB und niemals auf IFRS²⁷⁷. Dennoch ist unübersehbar, dass die handelsrechtliche Praxis sich stark an IAS/IFRS anlehnt²⁷⁸. Es ist nach hier vertretener Auffassung nichts dagegen einzuwenden, dass Lücken in der handelsrechtlichen Regelung durch die Vorschriften aus IAS 39 ausgefüllt werden. Primäre Bezugspunkte bleiben aber immer die GoB, bzw. das HGB²⁷⁹.

II. Voraussetzungen

1. Finanzwirtschaftliche Risiken

Nach § 5 Abs. 1a Satz 2 EStG sind nur die zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken gebildeten Bewertungseinheiten für die Steuerbilanz maßgeblich. Was unter dem Terminus „finanzwirtschaftliches Risiko“ zu verstehen ist wird nicht näher spezifiziert. In der Begründung zum Gesetzentwurf werden Kursrisiken als Beispiel angeführt²⁸⁰. Der Begriff umfasst somit wohl Warenpreis-, Währungskurs-, Zinssatz- und Wertpapierpreis-

²⁷³ Vgl. Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 650; Schiffrers, DStZ 2006, 400, 401.

²⁷⁴ Schreiber, DStR 2005, 1351, 1355.

²⁷⁵ Schreiber, DStR 2005, 1351, 1355.

²⁷⁶ Andernfalls käme es zu einem Widerspruch zu § 5 Abs. 1 S. 1 EStG; So auch: Schiffrers, DStZ 2006, 400, 402.

²⁷⁷ Schiffrers, DStZ 2006, 400, 402; Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 654; Prinz/Hick, DStR 2006, 771, 774.

²⁷⁸ wie z.B.: Küting/Cassel, KoR 2008, 769, 771.

²⁷⁹ So auch: Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 653.

²⁸⁰ Begr. RegE MissbrStGEG BT-Drucks. 16/634 (13. 02. 2006), S. 10; Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 176.

risiken²⁸¹. Kraft und Bischoff vertreten die Auffassung, dass der Begriff auch auf außerbörsliche Geschäfte ausgedehnt werden sollte, eine etwaige Kursnotierung also nicht zwingend notwendig sei²⁸². Auch außerbörsliche Geschäfte können risikobehaftet und deshalb Teil einer Sicherungsbeziehung sein, so die Autoren. Dieser Auffassung kann hier nur bedingt gefolgt werden. Richtig ist natürlich, dass auch Geschäfte, die nicht an einer Börse gehandelt werden, Risiken in sich bergen und eine Absicherung aus betriebswirtschaftlichen Gründen sinnvoll sein kann. Die Frage, ob diese Sicherung in der (Steuer-)Bilanz berücksichtigt werden kann, ist davon strikt zu trennen. Um zwischen zwei Geschäften einen Sicherungszusammenhang herzustellen, ist es erforderlich, dass deren Risiken sich ausgleichen²⁸³. Dieser Ausgleich kann aber nur effektiv gemessen werden, wenn der Fair Value effektiv ermittelt werden kann. Finanzwirtschaftliche Risiken müssen sich also immer auf den beizulegenden Zeitwert beziehen²⁸⁴. Bei außerbörslichen Geschäften liegen keine Marktpreise vor, eine zuverlässige Ermittlung des Fair Values ist daher kaum möglich. Die Vorschriften von IAS 39 sehen beim Fehlen von Marktpreisen die Verwendung „angemessener“ Bewertungsverfahren wie beispielsweise der Discounted Cash-Flow-Methode vor²⁸⁵. Ein effektiver Ausgleich zwischen beiden Geschäften ist dann aber nicht mehr gewährleistet. Die Beschränkung auf Warenpreis-, Währungskurs-, Zinssatz- und Wertpapierpreisrisiken wäre nach hier vertretener Ansicht somit sinnvoll. Ein falscher Wertansatz von Grund- oder Sicherungsgeschäft würde sich direkt auf die Effektivität der Sicherungsbeziehung auswirken und hätte im Verlustfall deshalb direkten Einfluss auf das Jahresergebnis und die Besteuerung²⁸⁶.

Der Gesetzgeber geht allerdings davon aus, dass sich § 5 Abs. 1a EStG und § 254 HGB entsprechen²⁸⁷. Somit sind sämtliche handelsbilanziell zulässigen Risiken auch für die steuerliche Bewertungseinheit zulässig. Handelsrechtliche Bewertungseinheiten dürfen ausdrücklich auch zur Absicherung von Ausfall- und Liquiditätsrisiken verwendet werden²⁸⁸. Somit können in der Steuerbilanz und in der Handelsbilanz Bewertungseinheiten für Marktrisiken, Kreditrisiken und Liquiditätsrisiken gebildet werden²⁸⁹. Lediglich operative Risiken können nicht abgesichert werden²⁹⁰. In der Literatur wird empfohlen, § 5 Abs. 1a EStG und § 254 HGB im Wortlaut weiter anzunähern, um die beschriebenen Unklarheiten zu beseitigen²⁹¹.

2. Vorliegen handelsrechtlicher Bewertungseinheiten

§ 5 Abs. 1a Satz 2 EStG verweist direkt auf die Ergebnisse der in der handelsrechtlichen Rechnungslegung gebildeten Bewertungseinheiten. Somit sind nur die in der handelsrechtlichen Rechnungslegung gebildeten Bewertungseinheiten für die Steuerbilanz zu übernehmen. Rein steuerliche Bewertungseinheiten sind demnach nicht möglich²⁹². Auch ist es dem Wortlaut folgend nicht möglich, steuerliche Bewertungseinheiten anders zu bewerten oder in einer anderen Form zusammenzusetzen als diese in der Handelsbilanz vorliegen.

²⁸¹ Vgl. Schiffers, DStZ 2006, 400, 403.

²⁸² Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 176.

²⁸³ Siehe Abschnitt D.II; Vgl. auch Baetge/Kirsch/Thiele, Bilanzen (2009), S. 652.

²⁸⁴ Vgl. Schmidt, BB 2009, 882, 883.

²⁸⁵ Gilgenberg/Weiss, KoR 2009, 182, 182.

²⁸⁶ Der Saldo ist stets imparitätsich zu behandeln; Vgl. Schiffers, DStZ 2006, 400, 405.

²⁸⁷ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 57; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 158; AK Bilanzrecht der Hochschullehrer, BB 2008, 209, 213.

²⁸⁸ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 73.

²⁸⁹ Vgl. Abbildung 2.

²⁹⁰ So auch: Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 158.

²⁹¹ AK Bilanzrecht der Hochschullehrer, BB 2008, 209, 213; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 159.

²⁹² Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 176.

3. Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente

Der Gesetzgeber geht davon aus, dass die Neufassung von § 254 HGB keinerlei steuerliche Auswirkungen auf die bilanzierenden Unternehmen entfaltet, da nur die bisherige Praxis festgeschrieben wird, auf die auch § 5 Abs. 1a EStG schon seit längerem verweist²⁹³. Es wird also angenommen, dass sich beide Regelungen entsprechen²⁹⁴. Demnach müssten die in der Handelsbilanz zulässigen Grund- und Sicherungsgeschäfte auch für die Steuerbilanz zulässig sein. Da der handelsrechtliche Begriff aber sehr weit gefasst ist und auch antizipative Bewertungseinheiten erlaubt, ist eine Deckungsgleichheit beider Regelungen aber fraglich²⁹⁵. Während § 254 S. 1 HGB mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen explizit als Grundgeschäft erlaubt, wurde bisher grundsätzlich von einer Unzulässigkeit antizipativer Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz ausgegangen²⁹⁶. Seit dem BilMoG muss nun angenommen werden, dass antizipative Bewertungseinheiten auch in der Steuerbilanz betrachtet werden müssen, soweit diese in der Handelsbilanz gebildet wurden²⁹⁷. Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften dürfen in der Steuerbilanz gemäß § 5 Abs. 4a Satz 1 EStG nicht in Form einer Rückstellung angesetzt werden²⁹⁸. Durch die Zulässigkeit antizipativer Absicherung wird es nun nicht nur möglich, drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften anzusetzen, sondern sogar drohende Verluste aus erwarteten Geschäften²⁹⁹. Denn antizipative Absicherungen gehen über schwebende Geschäfte hinaus, da diese sich auf erwartete Transaktionen beziehen³⁰⁰. Eine steuerliche Beachtung nicht rechtsverbindlicher Geschäfte steht nicht im Einklang mit einer objektiven Messung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens³⁰¹.

Antizipative Bewertungseinheiten sind aber wohl der einzige strittige Punkt bei der Übertragung handelsrechtliche Sicherungsbeziehungen ins Steuerrecht. Grundsätzlich sind Grund- und Sicherungsgeschäfte der Handelsbilanz in der Steuerbilanz anzuerkennen³⁰².

4. Absicherung

Ein weiteres Tatbestandsmerkmal ist das Vorliegen einer Absicherung³⁰³. Somit können nur Bewertungseinheiten berücksichtigt werden, deren Ziel es ist risikobehaftete Geschäfte durch risikoverringernde Geschäfte auszugleichen³⁰⁴. Somit können beispielsweise zu Spekulationszwecken gehaltene Derivate nicht Teil einer Bewertungseinheit sein, da hier keine Sicherungsabsicht vorliegt³⁰⁵. Diese Anforderung an steuerliche Bewertungseinheiten ist synchron zu der handelsrechtlichen Forderung nach sich ausgleichenden gegenläufigen Risiken³⁰⁶.

²⁹³ Begr. RegE BilMoG BT-Drucks. 16/10067 (30.07.2008), S. 59.

²⁹⁴ AK Bilanzrecht der Hochschullehrer, BB 2008, 209, 213; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 158.

²⁹⁵ Vgl. AK Bilanzrecht der Hochschullehrer, BB 2008, 209, 213.

²⁹⁶ Prinz/Hick, DStR 2006, 771, 775; Jensen-Nissen, IAS 32/IAS 39 u. steuerliche Gewinnermittlung (2007), S. 215.

²⁹⁷ Kirsch, Stbg 2009, 320, 327; Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 191.

²⁹⁸ Hey in Tipke/Lang, Steuerrecht (2010) § 17 Rn. 114.

²⁹⁹ Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 162.

³⁰⁰ Vgl. Abschnitt B.V.4.

³⁰¹ Jensen-Nissen, IAS 32/IAS 39 u. steuerliche Gewinnermittlung (2007), S. 215.

³⁰² Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 158.

³⁰³ § 5 Abs. 1a Satz 2 EStG.

³⁰⁴ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 176.

³⁰⁵ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 176.

³⁰⁶ § 254 S. 1 HGB.

III. Rechtsfolge

Soweit ein zu bilanzierender Sachverhalt die obigen Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt, muss die handelsbilanzielle Bewertungseinheit identisch in die Steuerbilanz übernommen werden. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der in § 6 Abs. 1 Satz 1 EStG kodifizierte steuerrechtliche Einzelbewertungsgrundsatz im Rahmen der Bewertungseinheit aufgehoben wird³⁰⁷. Die Übernahme der handelsrechtlichen Bewertungseinheit in die Steuerbilanz führt dazu, dass das Imparitätsprinzip seinen Einfluss auf die steuerliche Bewertung von Grund- und Sicherungsgeschäft verliert³⁰⁸. Das bedeutet, dass eine Wertminderung, die auf eines der beiden Geschäfte entfällt und somit zu einem steuerlichen Aufwand führen würde, aufgrund der Bewertungseinheit nicht berücksichtigt wird, denn der Aufwand wird durch entgegengesetzte Erträge im Sicherungsgeschäft kompensiert. Bei der Anwendung des Imparitäts- und Einzelbewertungsprinzips dürften diese Erträge nicht berücksichtigt werden.

Über die Laufzeit betrachtet entsteht durch die Bildung der Sicherungsbeziehung die gleiche Steuerwirkung wie bei einer Einzelbewertung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Jedoch fallen bei Einzelbewertung zunächst Verluste an, die zumindest, wenn es sich nicht um drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, direkten Einfluss auf die Steuerbemessung haben³⁰⁹. Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gleichen sich Aufwand und Ertrag der Einzelgeschäfte aus. Eine verpflichtende kompensatorische Bewertung hat daher den Effekt eines Zins- und Liquiditätsnachteils für den Steuerpflichtigen³¹⁰. Der Gesetzgeber sieht eine Nutzung der Einzelbewertung zur Minderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage sogar als missbräuchliche Gestaltung an, welche er durch die Einführung von § 5 Abs. 1a EStG zu verhindern versuchte³¹¹.

IV. Aufhebung des Verbots von Drohverlustrückstellungen

Zusammen mit der Einführung von § 5 Abs. 1a EStG wurde das steuerrechtliche Verbot zur Bildung von Drohverlustrückstellungen aus schwebenden Geschäften im Rahmen von Bewertungseinheiten aufgehoben³¹². Zu diesem Zweck wurde § 5 Abs. 4a EStG um einen Satz erweitert, in dem festgeschrieben wird, dass das Verbot nicht für Ergebnisse nach § 5 Abs. 1a Satz 2 EStG, also für Bewertungseinheiten, gilt. Diese Ausnahme soll dazu dienen, negative Überhänge der Bewertungseinheit in der Steuerbilanz berücksichtigen zu können³¹³. Der ineffektive Teil einer Bewertungseinheit wird im Verlustfall oft als Drohverlustrückstellung bilanziert. Um diesen Bilanzposten, der nur „technisch“ als Rückstellung für drohende Verluste bilanziert wird, auch steuerlich geltend machen zu können, wird das Passivierungsverbot des § 5 Abs. 4a EStG in diesem Fall aufgehoben³¹⁴. Die Zulässigkeit eines solchen Bilanzpostens ist wohl in erster Linie der Praktikabilität geschuldet, da es in der Praxis insbesondere bei Makro- und Portfoliobewertungseinheiten nur schwer zu ermitteln ist, auf welche Position welcher Wert entfällt³¹⁵. Bei der Verwendung von Derivaten innerhalb der Bewertungseinheit kann es, über den vom Gesetzgeber festgestellten „technischen Drohverlust“ hinaus auch zu echten Drohverlusten kommen³¹⁶.

³⁰⁷ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 178.

³⁰⁸ Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

³⁰⁹ Vgl. Abschnitt C.III.

³¹⁰ Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

³¹¹ Vgl. Prinz/Hick, DStR 2006, 771, 775; Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1452.

³¹² Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

³¹³ Begr. RegE MissbrStGEG BT-Drucks. 16/634 (13. 02. 2006), S.10; Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1454; Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

³¹⁴ Begr. RegE MissbrStGEG BT-Drucks. 16/634 (13. 02. 2006), S.10.

³¹⁵ Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1454; Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

³¹⁶ Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1454; Schmitz, DB 2009, 1620, 1621.

Aber auch in diesem Fall ist die steuerliche Drohverlustrückstellung laut Gesetz zulässig³¹⁷. Mitunter wird die Auffassung vertreten, dass ein solch drohender Verlust auch bei vorsätzlich gebildeten ineffektiven Bewertungseinheiten steuerlich zu berücksichtigen ist³¹⁸.

V. Verhältnis zu anderen Normen

Nun soll untersucht werden, welchen Einfluss die Bildung einer Bewertungseinheit hat, wenn die zusammengefassten Geschäfte steuerrechtlichen Spezialvorschriften unterliegen, die bei einer Einzelbewertung zu steuerfreien Erträgen oder nicht abziehbaren Aufwendungen führen würden. Diese Frage könnte beispielsweise von Bedeutung sein, wenn eine deutsche Muttergesellschaft ihrer ausländischen Tochtergesellschaft ein Darlehen in ausländischer Währung gewährt und das Wechselkursrisiko durch ein Derivat absichert. Es ist zu prüfen, ob die Bildung einer Bewertungseinheit aus Darlehen und Derivat einen Einfluss auf die Besteuerung hat, falls das Derivat unter § 8b Abs. 3 Satz 4ff. KStG fällt³¹⁹. Die Anwendung von § 8b KStG findet nach vorherrschender Meinung nicht auf Ebene der Bilanz statt, sondern in einem nachgelagerten zweiten Gewinnermittlungsschritt³²⁰. Dennoch bleiben Grund- und Sicherungsgeschäfte rechtlich selbständig, auch wenn sie für die Bewertungseinheit gedanklich zusammengefasst werden³²¹. Daher muss auf die einzelnen Wirtschaftsgüter die jeweils geltende steuerrechtliche Spezialvorschrift angewandt werden. Somit hat nach hier vertretener Ansicht § 8b Abs. 3 Satz 4ff. KStG Vorrang vor § 5 Abs. 1a EStG³²². Dieses Ergebnis ist unabhängig von der gewählten Buchungsmethode, auch wenn bei Verwendung der Einfrierungsmethode die einzelnen Aufwendungen und Erträge nicht abgebildet werden³²³. Dieser Vorrang der Spezialvorschriften betrifft nicht nur § 8b Abs. 3 Satz 4ff. KStG, sondern gilt auch für andere nicht abziehbare Aufwendungen wie beispielsweise Zinsaufwendungen die unter § 4h Abs. 1 Satz 1 EStG fallen. Auch steuerfreie Erträge erfahren durch die Bildung keine Umklassifizierung³²⁴.

VI. Bewertungseinheiten als Gestaltungsinstrument

Die Frage, inwieweit das Konstrukt der Bewertungseinheit zur Steuergestaltung eingesetzt werden kann, ist eng verknüpft mit den in Abschnitt D.VI dargelegten Ausführungen zur Bilanzpolitik. Durch das handelsrechtlich bestehende faktische Wahlrecht zur Abbildung von Bewertungseinheiten kann direkt Einfluss auf die steuerliche Bemessungsgrundlage genommen werden³²⁵. Eine steuerrechtliche Gestaltung, die unabhängig von der handelsrechtlichen Bilanz durchgeführt werden kann, besteht indes nicht. Eine Abweichung von Handels- und Steuerbilanz bei der Bildung von Bewertungseinheiten ist nur in Fällen denkbar, in denen es sich nicht um die Absicherung von finanzwirtschaftlichen Risiken handelt³²⁶. In solchen Fällen entsteht jedoch kein weiterer Ge-

³¹⁷ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 178.

³¹⁸ Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 162; Patek, KoR 2008, 364, 370.

³¹⁹ Vgl. Schmitz, DB 2009, 1620, 1622.

³²⁰ Micksch/Mattern, DB 2010, 579, 582.

³²¹ Schmitz, DB 2009, 1620, 1622; Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 655.

³²² So auch: Schmitz, DB 2009, 1620, 1622; Andere Meinung: Micksch/Mattern, DB 2010, 579, 582.

³²³ Die Buchungstechnik kann keinen Einfluss darauf haben ob ein Aufwand abziehbar ist oder nicht. So auch: Schmitz, DB 2009, 1620, 1622.

³²⁴ Schmitz, DB 2009, 1620, 1622.

³²⁵ Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 159; Vgl. Patek, FR 2006, 714, 721.

³²⁶ Vgl. Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 159.

staltungsspielraum, weil bei der Absicherung von nicht finanzwirtschaftlichen Risiken ein klares Verbot zur Bildung von Bewertungseinheiten besteht.

Besonders interessant sind steuerrechtliche Bewertungseinheiten im Hinblick auf Drohverlustrückstellungen. Durch § 5 Abs. 4a Satz 2 EStG wurde die Möglichkeit geschaffen, das Passivierungsverbot für drohende Verluste zu umgehen³²⁷. Dies kann beispielsweise dadurch geschehen, indem Derivate, die eigentlich dem Drohverlustrückstellungsverbot unterliegen, mit anderen Vermögensgegenständen zu einer Bewertungseinheit zusammenfasst werden³²⁸. Auch wenn wie in Fall 1 und Fall 2 dargestellt, sämtliche Teile der Bewertungseinheit schwebende oder auch nur wahrscheinliche Geschäfte darstellen, können die dadurch drohenden Verluste zumindest in Höhe des gegenüberstehenden Ertrags steuerlich geltend gemacht werden³²⁹. Auch wenn der Gesetzgeber argumentiert, dass § 5 Abs. 4a Satz 2 EStG lediglich eine Bilanzierungsvereinfachung für technische Drohverluste darstellt, ist es dennoch möglich, ganz reale Drohverluste steuerwirksam geltend zu machen³³⁰.

Fraglich ist, ob drohende Verluste nur in erfolgssaldierter Höhe in die Steuerbilanz aufgenommen werden dürfen oder ob auch Verlustüberhänge des ineffektiven Teils aufgenommen werden dürfen³³¹. Weil aber § 5 Abs. 4a Satz 2 EStG explizit für den Verlustüberhang geschaffen wurde, muss davon ausgegangen werden, dass ein negatives Ergebnis der Bewertungseinheit stets steuerwirksam geltend gemacht werden kann³³². Das führt im Ergebnis dazu, dass eine willentlich uneffektive Bewertungseinheit dazu genutzt werden kann, drohende Verluste steuerlich wirksam werden zu lassen³³³. Da es dem Bilanzierenden so möglich wird Drohverlustrückstellungen, die eigentlich dem Passivierungsverbot unterliegen, durch eigene Entscheidungen zu bilden, ist dieses Resultat als systemisch fragwürdig einzustufen³³⁴. Dieses Ergebnis ist umso erstaunlicher, da in § 254, anders als in IAS 39, keine konkrete Spanne für die Effektivität einer Bewertungseinheit festgeschrieben wird³³⁵. Es besteht dadurch ein großer Spielraum für die Bildung relativ ineffektiver Sicherungsbeziehungen und Bewertungseinheiten.

An dieser Stelle sollen noch einmal die beiden Beispielfälle betrachtet werden. Hierbei fällt auf, dass in Fall 1 die Bildung von Bewertungseinheiten keine steuerliche Wirkung entfaltet. Zwar wurden bei der Einzelbewertung Rückstellungen für drohende Verluste gebildet³³⁶, welche jedoch nicht in der Steuerbilanz berücksichtigt werden³³⁷. Die drohenden Verluste werden auch bei einer kompensatorischen Bewertung nicht in der Steuerbilanz berücksichtigt, da sie mit den Erträgen des Sicherungsgeschäftes verrechnet werden.

Ein anderes Bild ergibt sich für Fall 2. Bei der Einzelbewertung kann der zu erwartende Verlust aus dem Wertpapierkauf nicht in der Steuerbilanz beachtet werden. Wird die geplante Transaktion jedoch mit den DAX-Future zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst, so müssen die Wertentwicklungen beider Geschäfte miteinander verrechnet werden. Da das Sicherungsgeschäft den drohenden Verlust des Grundgeschäfts nicht ausgleicht, entsteht ein Verlustüberhang. Unter der Annahme, dass die Bildung einer Bewertungseinheit für Fall 2

³²⁷ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 179; Schiffers, GmbH-StB 2009, 248, 254.

³²⁸ Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1454.

³²⁹ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 179.

³³⁰ Vgl. Begr. RegE MissbrStGestEG BT-Drucks. 16/634 (13. 02. 2006), S. 10; Schiffers, GmbH-StB 2009, 248, 254.

³³¹ Zugunsten steuerlich wirksamer Verlustüberhänge: Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 162; Kirsch, Stbg 2009, 320, 327; Für eine Berücksichtigung in erfolgssaldierter Höhe: Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 179.

³³² Begr. RegE MissbrStGestEG BT-Drucks. 16/634 (13. 02. 2006), S. 10.

³³³ Vgl. Abschnitt E.IV.

³³⁴ Patek, KoR 2008, 364, 370; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 162.

³³⁵ Vgl. Abschnitt D.IV.2 ; Schmidt, BB 2009, 882, 885.

³³⁶ Vgl. Abschnitt C.III.

³³⁷ § 5 Abs. 4a S. 1 EStG.

zulässig wäre³³⁸, kann für diesen Verlustüberhang gemäß § 5 Abs. 4a Satz 2 EStG eine steuerwirksame Drohverlustrückstellung gebildet werden.

³³⁸ Die Zulässigkeit wurde für den konkreten Fall zurückgewiesen. Vgl. Abschnitt D.II.

F. Ausblick und Fazit

In dieser Arbeit sollte untersucht werden, in welchem Verhältnis die Rechnungslegungsvorschriften der IAS/IFRS des HGB und des EStG in Bezug auf die Bildung von Bewertungseinheiten zueinander stehen und inwieweit sich die verschiedenen Normen gegenseitig beeinflussen. Außerdem wurde untersucht, welche Gestaltungsmöglichkeiten sich durch diese Hedge Accounting Vorschriften ergeben.

Es ist festzustellen, dass spezielle Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsgeschäften sinnvoll und in vielen Fällen sogar notwendig sind, da sich andernfalls ein Unternehmen, das Risiken absichert, bilanziell schlechter stellen kann als ein Unternehmen ohne Absicherung. Jedoch bringen die Abbildungsvorschriften für Bewertungseinheiten neue Probleme mit sich. Sowohl in IAS/IFRS als auch im HGB besteht ein faktisches Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten, so dass die Bilanzierenden das Periodenergebnis bewusst beeinflussen können. Jedoch scheinen die bilanzpolitischen Möglichkeiten im HGB größer zu sein als in IAS/IFRS, da die Anforderungen an Bewertungseinheiten in ersterem geringer sind³³⁹. Insgesamt ist § 254 HGB sehr ungenau gefasst und wirft dadurch fast mehr Fragen auf als gelöst werden. Das wird in Zukunft wohl dazu führen, dass man sich bei Detailfragen an den Vorschriften aus IAS 39 anlehnen wird³⁴⁰. Da Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB über § 5 Abs. 1a EStG direkt steuerrechtliche Wirkung entfalten, kann es so auch zu einem indirekten Einfluss von IAS/IFRS auf die Steuerbilanz kommen. Eine Maßgeblichkeit von IAS/IFRS auf die Steuerbilanz ist hingegen abzulehnen. Besonders gut sehen kann man die indirekte Beeinflussung der Steuerbilanz durch IAS/IFRS am Beispiel antizipativer Bewertungseinheiten. Während antizipative Bewertungseinheiten vor dem BilMoG für unzulässig erachtet wurden, finden diese nun durch eine Anlehnung von § 254 an IAS 39, auch Anerkennung in der Steuerbilanz. Von Seiten des Schrifttums wurde eine Klärung der Frage, was unter den „Ergebnissen der in der handelsrechtlichen Rechnungslegung zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken gebildeten Bewertungseinheiten“ zu verstehen ist, lange Zeit herbeigesehnt³⁴¹. Der durch das BilMoG neugefasste § 254 HGB vermag es nicht, diese Klärung herbeizuführen. Zwar wird deutlich, dass der Gesetzgeber einen möglichst weit gefassten Begriff der Bewertungseinheit anstrebt, der auch Makro- und Portfolio-Absicherungen und darüber hinaus sogar antizipative Absicherungen umfasst. Das faktische Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten bleibt jedoch bestehen³⁴². Steuerrechtlich findet zwar eine Annäherung an die Handelsbilanz statt, weil durch die spezielle Maßgeblichkeit und den großen Kreis handelsrechtlich zulässiger Bewertungseinheiten nun auch die Gruppe der steuerrechtlich zulässigen Bewertungseinheiten weiter gefasst werden muss³⁴³. Jedoch entstehen dadurch zwei neue Probleme. Zum einen ist unklar, ob die Gruppen der handelsrechtlich und steuerrechtlich zulässigen Bewertungseinheiten absolut identisch sind oder ob die steuerrechtlich zulässigen Bewertungseinheiten durch die Beschränkung auf finanzwirtschaftliche Risiken eine Einschränkung erfahren³⁴⁴. Es ist völlig unklar, wie beide Gruppen voneinander abgegrenzt werden sollen, falls tatsächlich ein Unterschied bestehen sollte. Zum anderen entsteht ein neues Problem, wenn antizipative Sicherungsgeschäfte steuerrechtliche Anerkennung finden. Eine bilanzielle Berücksichtigung von Transaktionen, die noch nicht einmal rechtsverbindlich abgeschlossen wurden, kann handelsrechtlich vielleicht mit einer Verbesserung der Informationsfunktion begründet werden, steuerrechtlich ist darin jedoch ein klarer Verstoß gegen das Prinzip der Leistungsfähigkeit zu sehen³⁴⁵. Auch wenn man, trotz des ausdrücklichen Verweises auf die handels-

³³⁹ Schmidt, BB 2009, 882, 886.

³⁴⁰ Vgl. Abschnitt E.I.3.

³⁴¹ Herzig/Breckheimer, DB 2006, 1451, 1453; Prinz/Hick, DStR 2006, 771, 775; Schick/Indenkämpen, BB 2006, 650, 665.

³⁴² Vgl. Abschnitt D.VI.2.

³⁴³ Vgl. Kirsch, Stbg 2009, 320, 327.

³⁴⁴ Vgl. Abschnitt E.II.1.

³⁴⁵ Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 193.

rechtlichen Bewertungseinheiten, von einer steuerrechtlichen Unzulässigkeit antizipativer Bewertungseinheiten ausgeht, sind die Gestaltungsspielräume erheblich. Dieses Gestaltungspotential ist vor allem auf die Möglichkeit zur Umgehung des Passivierungsverbotes für Drohverlustrückstellungen zurückzuführen³⁴⁶.

Um die Auswirkungen des Hedge Accountings nach den jeweiligen Standards deutlich zu machen, wurden in dieser Arbeit zwei hypothetische Fälle betrachtet. Der erste Fall führte in allen Standards zu einer Verbesserung der Informationsfunktion und führte auch zu einer Besteuerung, die im Einklang mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip stand. Eine Steigerung der Informationsfunktion in Fall 2 darf jedoch bezweifelt werden. Darüber hinaus führt eine Berücksichtigung von Verlusten aus nicht rechtskräftigen Geschäften zu einer Senkung der steuerrechtlichen Bemessungsgrundlage. In diesem konkreten Fall wurde davon ausgegangen, dass eine Bewertungseinheit nicht gebildet werden darf. Aber es wurde auch deutlich, dass es keine objektiven Kriterien gibt, mit denen die Zulässigkeit antizipativer Absicherungen überprüft werden kann.

Bewertungseinheiten werden auch in Zukunft für kontroverse Diskussionen sorgen. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie auf Drängen der G20-Nationen arbeitet das IASB zur Zeit mit Hochdruck an einer grundlegenden Neufassung von IAS 39³⁴⁷. Der Standard heißt in Zukunft IFRS 9 und soll noch 2010 vollständig veröffentlicht werden³⁴⁸. Der Entwurf für die Hedge Accounting Regeln wird in den nächsten Monaten erwartet³⁴⁹. Welche konkreten Änderungen sich aus der Neufassung ergeben, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eingeschätzt werden. Von Seiten der Analysten wird zumindest gefordert, die Standards so zu gestalten, dass Risiken transparenter dargestellt werden³⁵⁰.

Fraglich bleibt, ob der deutsche Gesetzgeber die Regelungen für Bewertungseinheiten anpassen wird. Da § 5 Abs. 1a EStG aus rein fiskalpolitischen Gründen geschaffen wurde, kann es kaum im Interesse des Gesetzgebers sein, dass sich nun indirekte steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Vielleicht kommt eine Korrektur auch von Seiten der Rechtsprechung, da der BFH bereits 2002 in einer nicht veröffentlichten und nicht rechtskräftigen Entscheidung festgestellt hat, dass steuerrechtliche Bewertungseinheiten nur in sehr engen Grenzen möglich sind³⁵¹. Die Beschränkung auf nicht näher spezifizierte finanzwirtschaftliche Risiken eröffnet hier immerhin Interpretationsspielräume, um die steuerbilanziellen Bewertungseinheiten stärker einzugrenzen³⁵².

Zusätzlich zu den in dieser Arbeit erörterten Problemen existieren weitere ungelöste Fragen im Zusammenhang mit Bewertungseinheiten. Diese betreffen u.a. die Bilanzierung von Anschlusssicherungsgeschäften und die vorzeitige Auflösung von Bewertungseinheiten³⁵³.

³⁴⁶ Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, 157, 162; Vgl. Abschnitt E.VI.

³⁴⁷ IASB, Pressemitteilung 12.11.2009, S. 1.

³⁴⁸ IASB, Pressemitteilung 12.11.2009, S. 2.

³⁴⁹ Papa, BöZ 07.05.2010, S. B6.

³⁵⁰ Vgl. Papa, BöZ 07.05.2010, S. B6.

³⁵¹ Bescheid des BFH vom 19.03.2002, I R 87/00; Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 175.

³⁵² Vgl. Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, S. 158.

³⁵³ Vgl. Kraft/Bischoff, Zur Problematik von Bewertungseinheiten (2008), S. 188; Herzig/Briesemeister, Ubg 2009, S. 159.

Literaturverzeichnis

Anzinger, Heribert M. / Schleiter, Isabelle:

Die Ausübung steuerlicher Wahlrechte nach dem BilMoG ? Eine Rückbesinnung auf den Maßgeblichkeitsgrundsatz, DStR 2010, S. 395-399

Baetge, Jörg / Kirsch, Hans-Jürgen / Thiele, Stefan:

Bilanzen, 10. Auflage, 2009

Barckow, Andreas:

Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten und Sicherungsbeziehungen, 1. Auflage 2004

Barz, Katja / Eckes, Burkhard / Weigel, Wolfgang:

IFRS für Banken - Das Praxishandbuch für Bankbilanzierung nach IFRS, 4. Auflage, 2008

Beinert, Claudia in Reichling, Peter (Hrsg.):

Risikomanagement und Rating, 1. Auflage, 2003, S. 21

Birk, Dieter:

Steuerrecht, 12. Auflage, 2009

Böcking, Hans-Joachim / Torabian, Farhood:

Zeitwertbilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands nach dem Entwurf eines BilMoG, BB 2008, S. 265-267

Böcking, Hans-Joachim:

Zum Verhältnis von neuem Lagebericht, Anhang und IFRS, BB Beilage 2005, Nr. 3, S. 5-8

Bohl, Werner / Riese, Joachim / Schlüter, Jörg:

Beck'sches IFRS-Handbuch, 3. Auflage, 2009

Brötzmann, Ingo:

Bilanzierung von güterwirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 zum Hedge Accounting, 1. Auflage, 2004

Buschhüter, Michael / Striegel, Andreas:

Internationale Rechnungslegung - IFRS Praxis, 1. Auflage, 2009

Coenenberg, Adolf G. / Haller, Axel / Schultze, Wolfgang:

Jahresabschluss und Jahresabschlussanalyse - Betriebswirtschaftliche, handelsrechtliche, steuerrechtliche und internationale Grundsätze - HGB, IFRS, US-GAAP, DRS, 21. Auflage, 2009

Coenenberg, Alexandra:

Die bilanzielle Behandlung von Handy-Subventionen bei Mobilfunkunternehmen, 1. Auflage, 2007

Eckes, Burkhard / Barz, Katja / Bätke-Guski, Martina / Weigel, Wolfgang:

Die aktuellen Vorschriften zum Hedge Accounting (I), Die Bank 2004, S. 416-420

Ellrott, Helmut / Förchle, Gerhart, Hoyos, Martin / Winkeljohann, Norbert:

Beck'scher Bilanz-Kommentar, 7. Auflage, 2010

Gilgenberg, Bernhard / Weiss, Jochen:

"Die Zeitwertfalle" - Bilanzierung von Finanzinstrumenten im Spannungsfeld der gegenwärtigen Finanzmarktkrise, KoR 2009, S. 182-186

Hayn, Sven / Waldersee, Georg Graf / Benzel, Ute:

HGB, HGB-BilMoG, Steuerbilanz im Vergleich - Synoptische Darstellung von Handels- und Steuerbilanzrecht, 1. Auflage, 2009

Heno, Rudolf:

Jahresabschluss nach Handelsrecht, Steuerrecht und internationalen Standards, 5. Auflage, 2006

Herzig, Norbert / Breckheimer, Inga:

Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz ? Neuerungen in § 5 Abs. 1a EStG, DB 2006, S. 1451-1454

Herzig, Norbert / Briesemeister, Simone:

Steuerliche Problembereiche des BilMoG-RegE, Ubg 2009, S. 157-168

Jensen-Nissen, Lars:

IAS 32 / IAS 39 und steuerliche Gewinnermittlung, 1. Auflage, 2007

Kaiser, Thomas / Köhne, Marc Felix:

Operationelle Risiken in Finanzinstituten - Eine praxisorientierte Einführung, 2. Auflage, 2007

Kirsch, Hanno:

Positionierung des HGB-Jahresabschlusses nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz im Verhältnis zur Steuerbilanz, Stbg 2009, S. 320-328

Kraft, Gerhard / Bischoff, Jan:

Zur Problematik von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz, in: Schmiel, Ute / Breithecker, Volker (Hrsg.), Steuerliche Gewinnermittlung nach dem Bilanzrechts-modernisierungsgesetz, Schriften zur Rechnungslegung, Band 9, 2008, S. 173

Kuhn, Steffen / Scharpf, Paul:

Rechnungslegung von Financial Instruments nach IFRS: IAS 32, IAS 39 und IFRS 7, 3. Auflage, 2006

Küting, Karlheinz / Cassel, Jochen:

Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach dem Entwurf des BilMoG, KoR 2008, S. 769-781

Küting, Karlheinz / Reuter, Michael:

Werden stille Reserven in Zukunft (noch) stiller? - Machen die IFRS die Bilanzanalyse überflüssig oder weitgehend unmöglich?, BB 2005, S. 706-713

Küting, Karlheinz / Stampa, Dante / Ellmann, David / Lauer, Peter:

Das neue deutsche Bilanzrecht für den Einzelabschluss, Der Schweizer Treuhänder 2009, S. 715-725

Micksch, Cendy/Mattern Oliver:

Anwendung von § 8b KStG bei der Währungskurssicherung von Auslandsbeteiligungen im Rahmen von Bewertungseinheiten, DB 2010, S. 579-585

Morgenson, Gretchen:

It's Time for Swaps to Lose Their Swagger , NYT 27.02.2010, S. BU1

Papa, Vincent:

Integriertes System zum Offenlegen von Finanzinstrumenten nötig, BöZ 07.05.2010, S. B6

Patek, Guido:

Bewertungseinheiten nach dem Referentenentwurf des Bilanzrechtsmodernisierungs-gesetzes, KoR 2008, S. 364-372

Patek, Guido:

Bewertungseinheiten nach dem Regierungsentwurf des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, KoR 2008, S. 524-531

Patek, Guido:

Steuerbilanzielle Behandlung von Sicherungszusammenhängen - eine kritische Analyse der speziellen Maßgeblichkeitsregelung des § 5 Abs. 1a EStG bei Bewertungseinheiten, FR 2006, S. 714-721

Pellens, Bernhard / Fülber, Rolf Uwe / Gassen, Joachim / Sellhorn, Thorsten:

Internationale Rechnungslegung - IFRS 1 bis 8, IAS 1 bis 41, IFRIC-Interpretationen, Standardentwürfe, 7. Auflage, 2008

Petersen, Karl / Zwirner, Christian / Künkele, Kai Peter:

Umstellung auf das neue deutsche Bilanzrecht: Fallstudie zu den Auswirkungen des Übergangs auf die Rechnungslegungsvorschriften nach BilMoG, DB Beilage 6, 2009, S. 1-30

Prahl, Reinhard / Naumann, Thomas:

Financial Instruments, 1. Auflage, 2000

Prinz, Ulrich. / Hick, Christian:

Der neue § 5 Abs. 1a EStG - Gelungene gesetzliche Verankerung der steuerbilanziellen Bildung von Bewertungseinheiten? DStR 2006, S. 771-774

Quick, Reiner / Wolz, Matthias:

Bilanzierung in Fällen: Grundlagen, Aufgaben und Lösungen nach HGB und IFRS, 4. Auflage, 2009

Schäfer, Achim / Zeller, Ulrich:

Finanzkrise, Risikomodell und Organhaftung, BB 2009, S. 1706-1711

Schick, Rainer / Indenkämper, Andreas:

Entwurf des § 5 Abs. 1a EStG zur Bilanzierung von Bewertungseinheiten in der Steuerbilanz: Renaissance des Maßgeblichkeitsgrundsatzes?, BB 2006, S. 650-655

Schiffers, Joachim:

BilMoG - Steuerliche Konsequenzen für den Mittelstand, GmbH-StB 2009, 248-255

Schiffers, Joachim:

Steuerbilanzielle Bildung von Bewertungseinheiten bei Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken - der neue § 5 Abs. 1a EStG, DStZ 2006, S. 400-405

Schmidt, Karsten:

Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Band 4, 2. Auflage, 2008

Schmidt, Martin:

Bewertungseinheiten nach dem BilMoG, BB 2009, S. 882-886

Schmitz, Theo:

Steuerliche Auswirkungen handelsrechtlicher Bewertungseinheiten, DB 2009, S. 1620-1623

Schulz, Bettina:

Mit Derivaten auf die Zukunft zocken, FAZ 23.05.2009, S. 23

Arbeitskreis Bilanzrecht der Hochschullehrer Rechtswissenschaft:

(Schön, Wolfgang et. al.)

Stellungnahme zu dem Entwurf eines BilMoG - Einzelfragen zum materiellen Bilanzrecht, BB 2008, S. 209-216

Schreiber, Jochem:

Der Maßgeblichkeitsgrundsatz des § 5 Abs. 1 Satz 1 EStG und die IAS/IFRS, DStR 2005, 1351-1355

Schwarz, Christian:

Derivative Finanzinstrumente und hedge accounting: Bilanzierung nach HGB und IAS 39, 1. Auflage 2006

Stauber, Jürgen:

Finanzinstrumente im IFRS-Abschluss von Nicht-Banken, 1. Auflage, 2009

Thiel, Jochen / Lüdtke-Handjery, Alexander:

Bilanzrecht, 5. Auflage 2005

Tipke, Klaus / Lang, Joachim:

Steuerrecht, 20. Auflage, 2010

Wagenhofer, Alfred:

Fair Value-Bewertung im IFRS-Abschluss und Bilanzanalyse, IRZ 2006, S. 31-37.

Wagenhofer, Alfred:

Internationale Rechnungslegungsstandards - IAS/IFRS: Grundlagen und Grundsätze - Bilanzierung, Bewertung und Angaben - Umstellung und Analyse, 6. Auflage, 2009

Weber-Grellet, Heinrich:

Bilanzsteuerrecht, 9. Auflage, 2008

Zülch, Henning / Hendler, Matthias:

Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards, 1. Auflage, 2009

Bereits erschienene Titel

No. 1 Reinhard Becker, Tobias König und Kristijan Marelja:

Die Bilanzierung und Eigenmittelunterlegung von Kreditrisiken bei Kredit-Arbitrage-Programmen unter Einschaltung von Zweckgesellschaften – Lehren aus der Finanzmarktkrise 2007 ff. für die Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung des HGB, der IFRS/IAS und des KWG
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1218>

No. 2 Gregor Merkel:

Funktionsverlagerung nach der Unternehmenssteuerreform 2008 – Unter besonderer Berücksichtigung von Forschung und Entwicklung und Entwicklung
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1220>

No. 3 Marc Braun:

Vergleichende Analyse der Unterkapitalisierungsregelungen in Frankreich, USA und Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Zinsschranke
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1346>

No. 4 Jan Niederdorf:

Die Bedeutung des Steuergeheimnisses für die Tax Compliance – Eine vergleichende Betrachtung zwischen Schweden und Deutschland
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1432>

No. 5 Tobias Kreckel, Robert Janke:

Immobilien- und Unternehmensbewertung im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht nach der Erbschaftsteuerreform 2009
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1867>

No. 6 Sebastian Pohl:

Die steuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/1947>

No. 7 Kai Frühbrodt:

Betriebsstättengewinnermittlung
Analyse der deutschen und internationalen gesetzlichen Vorschriften für grenzüberschreitende Bauaktivitäten - Eine Untersuchung für die Praxis
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2111>

No. 8 Bu Hun Choi:

Ertragsteuerrechtliche Behandlung von Umwandlungen im Organkreis
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2112>

No. 9 Peter Hofmann:

Die Anti- Treaty-/ Directive-Shopping-Regelung in §50d Abs. 3 EStG
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2240>

No. 10 Michael Scharf:

Die Bildung von Bewertungseinheiten nach IFRS/IAS, HGB und Bilanzsteuerrecht
Online verfügbar unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/2364>